

Inhaltsverzeichnis

1. Vci	
2. BASF	
3. Bayer	
4. Adlerkreis	
5. Europäisches Institut für Klima und Energie	
6. Friedrich Merz	

Verband der Chemischen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Der **Verband der Chemischen Industrie (VCI)** ist ein Interessenverband von 1.600 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne. Innerhalb des Verbandes vereinigen sich mehr als 90 Prozent der deutschen Chemieunternehmen.^{[1][2]}

**Verband der chemischen Industrie e.V.
(VCI)**



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der Chemieindustrie
Gründungsdatum 1877
Hauptsitz Frankfurt a.M.
Lobbybüro Neustädtische Kirchstraße 8,
10117 Berlin
Lobbybüro EU Rue Marie de Bourgogne 58
1000 Bruxelles
Webadresse www.vci.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	3
1.1 Lobbytätigkeit	3
1.2 Parteispenden	3
1.3 Befürwortung eines Lobbyregisters	4
2 Fallbeispiele und Kritik	4
2.1 2026: Verbot einiger PFAS	4
2.2 2023 - 2025: PFAS - unlautere Argumentation der Chemieverbände	5
2.3 2020 - 2023: Der VCI und die REACH-Novellierung	6
2.4 2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz	7
2.5 2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern	7
2.6 1999 - 2007: Lobbyarbeit des VCI zur EU-REACH-Verordnung	7
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	9
3.1 Der Vorstand	9
3.2 Verbindungen zur internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP	9
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10
5 Einzelnachweise	10

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbytätigkeit

Der VCI nutzt das Netz seiner Mitglieder, um über lokale Unternehmen dezentral auf die Bundestagsabgeordneten in den jeweiligen Wahlkreisen Einfluss zu nehmen.

Auf der anderen Seite bedeutet Verbandsarbeit auch, die Interessen der Mitglieder zu bündeln und in Berlin möglichst mit einer Stimme zu sprechen. Diese Koordinierung ist eine Herausforderung für die Verbände generell, auch für den VCI. Denn zumindest die großen Mitgliedsunternehmen, wie [BASF](#) oder [Bayer](#), haben eigene Lobbybüros in Berlin, über die sie ihre speziellen Unternehmensinteressen vertreten.

Der VCI organisiert etwa acht Mal im Jahr Politische Ausschüsse und Chemiekreise mit Lobbyist/innen der Mitgliedsunternehmen, um Informationen auszutauschen und die Arbeit zu koordinieren. Zu den Treffen werden je nach Bedarf auch Vertreter/innen von Bundesregierung und Gewerkschaften, etwa der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), eingeladen. Zusätzlich veranstaltet der VCI einmal im Jahr einen [Parlamentarischen Abend](#).

Ein weiteres wichtiges Einflussinstrument des VCI ist die strategische Netzwerkbildung und Personalpolitik, die besonders unter dem langjährigen VCI-Geschäftsführer [Hermann-Wolfgang Lehning](#) gepflegt wurde. Lehning war Präsident des [Wirtschaftspolitischen Clubs Deutschland](#) (2003–2007), in dem sich Repräsentant/innen aus Politik und Wirtschaft regelmäßig austauschen, sowie Mitgründer des Lobbyzirkels [Adlerkreis](#). Ziel der strategischen Personalpolitik ist es, aufstrebende Leute mit politischen Ambitionen anzuheuern, bevor sie in die Politik wechseln

Parteispenden

Der VCI gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendete der Verband insgesamt 8.001.036,09 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Spenden verteilen sich von 2010 bis 2019 wie folgt:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2010	26.000	53.000	14.000	20.000	0	113.000
2011	110.000	47.000	60.000	72.000	20.000	309.000
2012	44.000	109.000	34.000	24.500	12.500	224.000
2013	167.000	164.000	85.000	74.500	14.000	504.500
2014	98.000	87.500	55.000	37.000	18.000	295.500
2015	40.000	61.000	35.000	40.000	13.000	189.000
2016	73.000	61.000	49.500	42.000	22.500	248.000
2017	250.000	75.000	141.000 0	139.000 0	29.000	634.000
2018	40.000	90.000	35.000	25.000	16.000	206.000
2019	108.200	75.000	55.000	37.000	20.000	295.200
2020	25.000	62.000	22.500	13.000	13.000	135.500
2021	131.500	83.000	76.000	62.000	42.000	394.500
2022	67.000	52.000	51.000	58.000	28.000	256.000
2023	40.000	62.000	25.000	41.000	30.000	198.000
Summe	1.219.700	1.081.500	738.000	685.000	278.000	4.002.200

Hinzu kamen Spenden des bayerischen Regionalverbands [Verband der Bayerischen Chemischen Industrie](#) sowie des Chemie-Arbeitgeberverbands [Verein der Bayerischen Chemischen Industrie](#) an die CSU in Höhe von bisher 2.177.607,4 Euro.

Die Spenden für die folgenden Jahre sind über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Befürwortung eines Lobbyregisters

Im April 2018 erklärten der VCI und Transparency International auf der Bundespressekonferenz, sich gemeinsam für ein Lobbyregister einzusetzen.^[3]

Fallbeispiele und Kritik

2026: Verbot einiger PFAS

Die Europäische Chemikalien Agentur ECHA hat dem EU-Parlament empfohlen, die Einleitung von 24 PFAS in Gewässer zu untersagen. Das Parlament hat sich im März 2026 dieser Empfehlung angeschlossen.^[4] Der VDMA verlautbarte dazu, die PFAS-Regulierung ginge an der Realträt vorbei und gefährde den Mittelstand.^[5]

2023 - 2025: PFAS - unlautere Argumentation der Chemieverbände

Die umstrittenen PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen), auch Ewigkeitschemikalien genannt, sind wichtig für große Chemiefirmen, aber auch für Hersteller von Pfannen, Outdoor-Kleidung oder Medizingeräten. Die Chemikalien sind während des Gebrauchs nicht besorgniserregend, aber der Produktionsprozess und die Entsorgung sind problematisch. Die Stoffgruppe umfasst 10.000 Stoffe, von denen ca. 1.000 in Deutschland im Einsatz sind. ^[6]

Wenn die Chemikalien einmal in der Umwelt sind, bleiben sie dort, weil sie auf natürlichem Weg nicht abgebaut werden können. Über das Trinkwasser und die Nahrung gelangen sie in den menschlichen Körper. Bei einigen PFAS wurde nachgewiesen, dass sie Krebs sowie Leberschäden und Hormonstörungen verursachen und das Immunsystem schädigen können. Im Landkreis Altötting in Bayern beispielsweise durften Blutspenden von Anwohnern nicht mehr für Blutkonserven genutzt werden, da ein Stoff aus der PFAS-Gruppe in hoher Konzentration im Blutplasma nachgewiesen wurde. ^{[7][8]}

Am 7. Februar 2023 legte die Europäische Chemikalien Agentur ECHA nach Vorarbeit von fünf EU-Ländern - Dänemark, Deutschland, Niederlande, Norwegen und Schweden - einen ersten Vorschlag für ein umfassendes PFAS-Verbot vor. ^[9] Daraufhin gingen mehrere tausend Schreiben der Lobbyverbände mit rund 70.000 Seiten bei der ECHA ein. Besonders umkämpft sind die sogenannten Fluorpolymere. Das sind Kunststoffe, die Antihafteigenschaften haben und wenig Reibung erzeugen. Die Vertreter der Industrie bezeichnen diese Stoffgruppe als sogenannte "Polymers of Low Concern", also wenig besorgniserregend, das heißt nicht gesundheitsgefährdend. Dabei bezieht man sich auf ein Protokoll einer Expertengruppe der OECD von 1993. Die OECD erklärt auf Anfrage der Tagesschau, sie habe "keine Bewertung von Fluorpolymeren durchgeführt". Auf der Website der Organisation heißt es zudem: "Es besteht keine Einigkeit darüber, dass Fluorpolymere wenig besorgniserregend sind." ^[10]

Industrievertreter plädieren häufig dafür, PFAS nach einem "risikobasierten" Ansatz zu regulieren. Dabei wird jede Substanz einzeln geprüft und nur dann verboten, wenn bewiesen ist, dass sie schädliche Wirkungen zeigt. Diese Vorgehensweise hat bislang dazu geführt, dass oftmals die regulierten PFAS durch andere, sehr ähnliche, aber noch unregulierte PFAS ersetzt wurden. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) erklärt im August 2023, man dürfe "die Entwicklung von Technologien nicht durch Überregulierung verhindern, zumal der Einsatz in geschlossenen Systemen in der Produktion erfolgt".

Im Kanzleramt fand im September 2023 ein "Chemie-Spitzengespräch" statt. In der Presseerklärung des Kanzleramtes hieß es: "Pauschale, undifferenzierte Verbote ganzer Stoffklassen sind nach Ansicht der Bundesregierung nicht vom bestehenden europäischen Rechtsrahmen gedeckt und sind nach dem aktuellen Vorschlag der deutschen und weiterer Fachbehörden auch nicht vorgesehen. Ein Totalverbot von PFAS ist insofern nicht geplant und würde von der Bundesregierung auch nicht unterstützt." ^[11] Im Januar 2025 teilte das Wirtschaftsministerium mit, dass es die Fluorpolymere von der Beschränkung ausnehmen will. Auch das Ministerium verweist auf das falsche Argument, dass sie "als polymers of low concern betrachtet werden", also als nicht besorgniserregende Stoffe. ^[10]

Diese Vorgänge kritisierte LobbyControl: Immer wieder hat die Industrie bei geplanten Beschränkungen ihrer Stoffe mit falschen Behauptungen und gekauften Studien gearbeitet. Drohungen ihres Niedergangs haben sich weder nach der EU-Chemikalien-Verordnung, noch der Regulierung von Asbest, BPA und vielen weiteren Chemikalien bewahrheitet. Die Politik muss endlich mit Abstand an die Argumente von Industrielobbys herangehen, die im Sinne ihres kurzfristigen Interesses argumentieren und Schäden für Mensch und Umwelt nicht tragen müssen.

[Solvay](#), Anbieter "Moderner Werkstoffe und Spezialchemikalien", angesiedelt in Wimpfen (Kreis Heilbronn) leitet seit Jahren mit behördlicher Genehmigung Trifluoracetat (TFA) in den Neckar. Darüber berichtete die ARD-Sendung "plusminus" am 09.07.2025 ^[12] Das Portal [gwf Wasser und Abwasser](#) zeichnet den Weg der behördlichen Genehmigungen nach. ^[13] Das Umweltbundesamt weist bereits im November 2021 auf die Belastung der Gewässer durch TFA hin. ^[14] Eine ausführliche Analyse des Lobbying der chemischen Industrie findet sich hier ^[15]

2020 - 2023: Der VCI und die REACH-Novellierung

Die EU REACH-Verordnung ist der zentrale Regelungsrahmen für die Chemieindustrie in der Europäischen Union. 2020 kündigte die Europäische Kommission im Rahmen des European Green Deal eine grundlegende Überarbeitung der REACH-Verordnung an. Seitdem hat der Verband der Chemischen Industrie (VCI) auf mehreren politischen Ebenen Einfluss genommen. Ziel war es, geplante Verschärfungen im Chemikalienrecht zu verzögern oder abzumildern.

Die Lobbyarbeit des Verbandes umfasste Stellungnahmen, Studien, direkte Treffen mit Entscheidungsträgern, Medienarbeit und die Koordination mit anderen Interessengruppen. Im Oktober 2022 verschob die EU-Kommission den Vorschlag für die REACH-Novelle auf Ende 2023. Vertreter des VCI zeigten sich zufrieden mit dieser Entscheidung.

Bereits im Jahr 2021 beteiligte sich der VCI an den Vorbereitungen zur REACH-Novelle. Im Mai 2021 reichte der Verband eine Stellungnahme zum Fahrplan der EU-Kommission ein. Konkret ging es dabei um die Frage, ob gefährliche Stoffe pauschal verboten werden sollten. Der VCI wandte sich gegen diesen gefahrenbasierten Regulierungsansatz, und forderte stattdessen, das Prinzip der stoffbezogenen Risikobewertung beizubehalten. ^{[16][17]} Diese berücksichtigt neben der Gefährlichkeit eines Stoffes auch die tatsächliche Exposition – also ob und in welchem Maß Mensch oder Umwelt dem Stoff ausgesetzt sind. Die erforderliche Einzelfallbetrachtung erhöht den Verwaltungsaufwand und erschwert die Kontrolle. Im Frühjahr 2022 nahm der VCI an der öffentlichen Konsultation zur REACH-Reform teil und bekräftigte seine Haltung. ^[18] Dort ging der Vizepräsident des VCI Brudermüller (zu selben Zeit BASF-Chef) in die Offensive und nannte es „fahrlässig“, der Chemieindustrie angesichts der gestiegenen Rohstoffpreise neue Belastungen zuzumuten. ^[19]

Neben öffentlichen Stellungnahmen suchte der Verband auch persönlichen Kontakt zu Mitgliedern der EU-Kommission. So organisierte der VCI im Februar 2022 eine Konferenz zum Green Deal in der Chemieindustrie und bemühte sich vergeblich um die Teilnahme von Generaldirektorin Fink-Hooijers. ^[20] Fink-Hooijer ist die Leiterin der Umweltabteilung in der Europäischen Kommission. Außerdem traf sich der Politikausschuss des VCI im Juni desselben Jahres mit Vertreter:innen der Generaldirektion Binnenmarkt (DG GROW), um über REACH und andere Regulierungsvorhaben zu sprechen. ^[21]

Auf EU-Parlamentsebene griff die EVP-Fraktion die VCI-Kritik zur REACH-Novelle auf und forderte eine Regulierungspause. ^{[22][23]} Im selben Jahr flossen mehr als 150.000 Euro an Spenden an CDU und CSU. Die beiden Parteien stellten mit 29 Abgeordneten:innen die größte Landesgruppe der EVP-Fraktion im Europaparlament.

Der VCI versuchte auch die Bundesregierung zu beeinflussen, weil diese im Rat der EU über die REACH-Novelle mitentscheidet. So warnte der Verband zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V (BDI) öffentlich davor, REACH während der Energiekrise zu überarbeiten, und forderten eine Verschiebung der geplanten Vorschläge. ^[24] Auch im Austausch mit dem Bundeswirtschaftsministerium und

dem Bundesumweltministerium vertrat der VCI diese Position. Beide Ministerien erhielten im November 2024 Stellungnahmen zur REACH-Novelle vom VCI, in denen dieser unter anderem vor einer Abkehr vom risikobasierten Bewertungsansatz warnte.^[25] Die Argumentation wurde in Teilen von Bundeskanzler Olaf Scholz aufgegriffen, der bei einem Werksbesuch vor Produktionsverlagerungen durch überzogene Chemikalienregulierung warnte.^[26]

Der VCI arbeitete dabei mit anderen Akteur:innen zusammen. Bei einem Chemiegipfel im Kanzleramt im September 2023 traten VCI, IG BCE und der Arbeitgeberverband BAVC gemeinsam für eine risikobasierte Regulierung ein.^[27] Unternehmen wie BASF und Bayer äußerten sich ebenfalls öffentlich kritisch zu den geplanten Verschärfungen. BASF etwa sprach sich gegen pauschale Verbote von Evergreen-Chemikalien aus und forderte ausgewogene Maßnahmen.^[28]

2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz

Der VCI hatte sich gegen ein weitreichendes europäische Lieferkettengesetz eingesetzt. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Der VCI hatte den Kommissionsentwurf als "weltfremd" bezeichnet und gefordert die Reichweite des geplanten Gesetzesentwurfs zu begrenzen und insbesondere die zivilrechtliche Haftung aus dem Gesetz zu streichen.^[29] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[30] Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[31] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“

2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern

Der Geschäftsführer des VCI, Utz Tillmann nahm an der sog. "Fünften Internationalen Klima- und Energiekonferenz" (30.11–1.12.2012 in München) der Organisation [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (Eike) teil.^{[32][33]} Tillmann hielt eine Rede über „die Auswirkungen des deutschen Energiekonzeptes auf die Chemieindustrie“.^[34] Eike ist eine deutsche Lobbygruppe gegen Klimapolitik.^[35]

1999 - 2007: Lobbyarbeit des VCI zur EU-REACH-Verordnung

Ende der 1990er Jahre legte die EU-Kommission den Grundstein für eine umfassende Reform des Chemikalienrechts. Ziel war es, mit der sogenannten REACH-Verordnung (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals) Risiken durch Chemikalien systematisch zu erfassen und den Schutz von Umwelt und Gesundheit zu verbessern. Das Vorhaben sah unter anderem vor, Hersteller:innen und Importeur:innen zur Registrierung und Bewertung von mehreren zehntausend Altstoffen zu verpflichten. Auch der verpflichtende Ersatz besonders gefährlicher Stoffe durch ungefährlichere Alternativen war Bestandteil der frühen Entwürfe.^[36]

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) gehörte zu den vehementesten Gegnern der ursprünglichen Vorschläge. Er warnte vor hohen Kosten und Arbeitsplatzverlusten. Eine vom VCI mitgetragene Studie der Beratungsfirma Arthur D. Little prognostizierte bis zu 2,3 Millionen gefährdete Arbeitsplätze allein in Deutschland.^[37] Der damalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement übernahm diese Argumentation und sprach öffentlich von einer drohenden „Deindustrialisierung Europas“.^[38] Später betonte er, dass die Bundesregierung zusammen mit dem VCI und der Chemiegewerkschaft IG BCE „durch beharrliche Interventionen“ erreicht habe, dass der Entwurf „ganz wesentlich verbessert“ wurde.^[39]

Der VCI nutzte verschiedene Wege, um Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren zu nehmen. In Brüssel organisierte der Verband Gespräche, Veranstaltungen und Hintergrundgespräche mit Abgeordneten. Gleichzeitig intensivierte der VCI die fachliche Begleitung einzelner Parlamentarier:innen. Eine Schlüsselrolle spielte der CDU-Europaabgeordnete Hartmut Nassauer. Er war im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlament. Dabei soll er wesentliche Argumente des VCI fast wörtlich in seine Änderungsanträge übernommen haben. Bei Treffen mit anderen Parlamentarier:innen erschien Nassauer regelmäßig in Begleitung von Lobbyist:innen des VCI sowie von Bayer und Dow Chemical. Auch der Verband selbst vermerkte im Jahresbericht 2005 erfreut, Nassauer habe die eigenen Vorschläge „weitgehend übernommen“.^[40]

Auf internationaler Ebene konnte der VCI auf die Unterstützung der US-Regierung zählen. In enger Abstimmung mit der amerikanischen Chemie-Lobby übte die Bush-Regierung Druck auf die EU aus und warnte vor Nachteilen für transatlantische Wirtschaftsbeziehungen. Ein Bericht der American Chemical Society beschreibt, wie US-Diplomaten in Brüssel gegen REACH intervenierten. Diese Aktivitäten basierten maßgeblich auf Argumenten der Industrie.^[41]

Auch auf höchster politischer Ebene veränderte sich im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens die Position zur REACH-Verordnung. Im Jahr 2001 forderten die Regierungschefs Gerhard Schröder (Deutschland), Tony Blair (Großbritannien) und Jacques Chirac (Frankreich) noch ausdrücklich höhere Umwelt- und Gesundheitsstandards als von der EU-Kommission vorgesehen. Zwei Jahre später folgte die Kehrtwende: In einem gemeinsamen Brief an Kommissionspräsident Romano Prodi warnten dieselben Staatschefs vor negativen Auswirkungen der Verordnung auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Beobachter:innen werteten diese Kursänderung als Reaktion auf den zunehmenden Druck seitens der Chemiebranche.^[42]

Im Laufe des Verfahrens setzten sich viele der von der Industrie geforderten Änderungen durch. So entfiel die Pflicht, besonders gefährliche Stoffe durch sichere Alternativen zu ersetzen, weitgehend. Stattdessen reichte ein Nachweis, dass ein Unternehmen mit dem Stoff „ausreichend sicher“ umging.^[43] Auch die Zahl der zu registrierenden Stoffe wurde reduziert. Unternehmen mussten zudem weniger Sicherheitsdaten liefern und erhielten für viele Altstoffe Übergangsfristen von bis zu elf Jahren.^[44]

Am 13. Dezember 2006 verabschiedete das Europäische Parlament die REACH-Verordnung in abgeschwächter Form. Sie trat am 1. Juni 2007 in Kraft. Damit endete die bisher größte „Lobby-Schlacht“ – vorerst.^[45] Aus Sicht vieler Beobachter:innen markiert das Verfahren ein Beispiel für den erfolgreichen Einfluss industrieller Interessen auf europäische Gesetzgebung. Der VCI selbst sah sich durch das Ergebnis bestätigt und bezeichnete REACH später als grundsätzlich gelungen – allerdings mit weiterhin hohem bürokratischem Aufwand für die Unternehmen.^[46]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Der Vorstand

- Präsident: Markus Steilemann, Covestro AG
- Vizepräsidenten: Christian Hartel, Wacker Chemie AG und Markus Kamieth, BASF SE
- Karsten Knobel, Henkel, AG & Co., KGaA

(Stand Februar 2025)

Quelle:^[47]

Verbindungen zur internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP

Mayer Brown LLP (ehemals Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP) ist eine internationale Wirtschaftskanzlei, die weltweit umsatzstarke Unternehmen und Finanzinstitutionen vertritt und die über enge Kontakte in Wirtschaft und Politik verfügt. In Deutschland hat die Kanzlei Büros in Düsseldorf und Frankfurt. Gegenüber Correctiv sagte ein ehemaliger Mitarbeiter über die Arbeit der Kanzlei: „Wir schlagen Brücken zwischen Unternehmen und Genehmigungsbehörden.“ ^[48]

Die Kanzlei fällt besonders durch ihre Verbindung zur chemischen Industrie und großen Unternehmen wie der BASF auf, die sie laut eigenen Angaben „seit 1983 in einer Vielzahl von Angelegenheiten an verschiedensten Standorten weltweit unterstützt“ hat. ^[48] Kenneth Haar von der Organisation Corporate European Observatory sagte gegenüber Correctiv, Mayer Brown „werbe gezielt große Chemiekonzerne an, um strengere Gesetze in der EU zu verhindern.“ ^[48]

Im Februar 2015 hat sich Mayer Brown ins Lobbyregister der EU eingetragen. Von 2015 bis 2020 gab die Kanzlei an, 150.000 Euro im Jahr für Lobbyismus auszugeben, im Jahr 2021 und 2022 nur noch 60.000 Euro und im Jahr 2023 zwischen 50.000 und 100.000 Euro. ^[49]

Ab 2005 war CDU-Kanzlerkandidat [Friedrich Merz](#) als Partner und von 2017 bis 2021 als Senior Counsel für die Anwaltskanzlei tätig. ^[50] Dabei soll Merz den Chemiekonzern BASF mehrmals als Anwalt vertreten haben (die entsprechenden Aufträge sollen aus den Jahren 2010 und 2011 stammen). ^[48]

• **Wirken PFAS Regulierungsvorschläge der Europäischen Union 2023 - 2025**

Nachdem die Europäische Chemikalien Agentur ECHA im Februar 2023 einen Vorschlag für ein umfassendes PFAS-Verbot (umweltschädliche per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, die von vielen Chemiekonzernen hergestellt oder benutzt werden) veröffentlichte, zeigte sich die Kanzlei Mayer Brown in einer Pressemitteilung sehr kritisch. Das Verbot fuße auf weitgehend unbegründeten Annahmen, Vereinfachungen und Extrapolationen der Persistenz von PFAS und deren Zersetzung. ^[51]

Mayer Brown rief Unternehmen in dem Statement dazu auf, zu prüfen, ob sie von einem Verbot der Stoffe betroffen sein könnten und gegebenenfalls dagegen zu klagen. Das Team von Mayer Brown sei bereit, bei der praktischen Umsetzung und den möglichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Beschränkung von PFAS zu beraten, heißt es in der Mitteilung. ^[51]

• **Klagen gegen EU-Verbote von Chemikalien**

BASF gewinnt gegen EU bei Fipronil Verbot (2018)

Im Mai 2018 vertrat Mayer Brown BASF bei einer erfolgreichen Klage gegen das Verbot des Pflanzen-Pestizids Fipronil, das die EU-Kommission 2013 zum Schutz von Bienen eingeführt hatte. Das Verbot wurde vom EU-Gerichtshof aufgehoben, da vorher keine ausreichende Risikoanalyse der Maßnahme stattgefunden habe.^[52]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [VCI-Website: Mitglieder](#), vci.de, abgerufen am 02.03.2018
2. ↑ neuer Quelle auf test.de von heute
3. ↑ [Bahnbrechender Durchbruch? Die CDU spricht sich für ein Lobbyregister aus](#), lobbycontrol.de vom 23.11.2018, abgerufen am 21.06.2019
4. ↑ [More stringent rules to reduce water pollution | 25-03-2026 | News | European Parliament](#)abgerufen am 28.03.2026
5. ↑ [PFAS-Regulierung](#)www.vdma vom 27.03.2026, abgerufen am 28.03.2026
6. ↑ [Pfas können im Körper schaden anrichten](#), srf.ch, 13.11.2024, abgerufen am 16.01.2025
7. ↑ [Kein Blutplasma von Spendern aus Altoetting](#), br.de, 05.01.2018, abgerufen am 16.01.2025
8. ↑ [Altötting Pfoa Deponie](#), sueddeutsche.de, 09.11.2022, abgerufen am 16.01.2025
9. ↑ [Five European states call for evidence on broad Pfas restriction](#)secha.europa.eu, abgerufen am 17.01.2025
10. ↑ ^{10,010,1} [PFAS Chemikalien Lobby](#), tagesschau.de, 14.01.2025, abgerufen am 16.01.2025
11. ↑ [Chemie Spitzengespräch Pressemitteilung 189](#), bundeskanzler.de, 27.09.2023, abgerufen am 15.02.2025
12. ↑ [Gesundheitsgefährdende Ewigkeitschemikalie - TFA-Konzentration in Trinkwasser und Lebensmittel steigt](#)www.ardmediathek.de, abrufbar bis 09.07.2027, abgerufen am 10.07.2025
13. ↑ [tfa-einleitungen-in-den-neckar](#)gwf-wasser.de vom 08.07.2025, abgerufen am 10.07.2025
14. ↑ [chemikalieneintrag-in-gewässer-vermindern-TFA](#)umweltbundesamt.de, Publikation 11/2021, abgerufen am 04.08.2025
15. ↑ [the-disinformation-campaign](#)forever pollution.eu, abgerufen am 08.04.2026
16. ↑ [Chemicals Strategy for Sustainability – Towards a toxic-free environment](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
17. ↑ [Konsultation zum Fahrplan der Folgenabschätzung: VCI-Position zur REACH-Revision](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
18. ↑ [Consultation on targeted revision of REACH: VCI Position on the REACH Revision](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
19. ↑ [Schutz vor schädlichen Chemikalien: Die EU-Kommission bricht ihr Versprechen](#) LobbyControl, 25.08.2023, abgerufen am 03.06.2025
20. ↑ [RE: Speaking request Chemical industry and Green Deal 8 Feb](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025

21. ↑ [Meeting minutes: VCI and DG GROW 29 June 2022](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
22. ↑ [EU to drop ban of hazardous chemicals after industry pressure](#), The Guardian, 11.07.2023, abgerufen am 01.06.2025
23. ↑ [EPP Group Position Paper on fighting inflation and tackling the rise of energy and living costs](#), EVP-Fraktion, abgerufen am 01.06.2025
24. ↑ [Waiting for REACH – How the chemical industry’s lobbying delayed action on hazardous chemicals](#), EEB/CHEM Trust, abgerufen am 01.06.2025
25. ↑ [Stellungnahme des VCI zur REACH-Revision an BMWK/BMUV](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
26. ↑ [Scholz will PFAS-Ewigkeitschemikalien nicht verbieten](#), Deutschlandfunk, 23.03.2023, abgerufen am 01.06.2025
27. ↑ [September-Chemiegipfel im Kanzleramt – Statement zum ECHA-Beschränkungsverfahren zu PFAS: risikobasiert statt pauschal, pro-K](#), abgerufen am 01.06.2025
28. ↑ [BASF Position on PFAS](#), BASF, abgerufen am 01.06.2025
29. ↑ [VCI & BAVC | Europäisches Lieferkettengesetz: Kommission schießt übers Ziel hinaus](#) etzwerk-ebd.de vom 23.03.2022, abgerufen am 08.12.2022
30. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
31. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
32. ↑ [5. Internationale Klima & Energiekonferenz \(IKEK\) München - Programm](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
33. ↑ [5. IKEK München - Kurzbericht](#), eike-klima-energie.eu vom 06.12.2012, abgerufen am 29.02.2016
34. ↑ [Präsentation der Rede](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
35. ↑ [Chemieindustrie hofiert Klimaleugner](#) taz vom 30.11.2012, abgerufen am 01.12.2012
36. ↑ [Umweltbundesamt Österreich: Die REACH-Verordnung](#) abgerufen am 1.6.2025
37. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
38. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
39. ↑ [Bundeskanzleramt: Rede von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement zur REACH-Verordnung \(2004\)](#) abgerufen am 1.6.2025
40. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
41. ↑ [Chemical & Engineering News: US Lobbying REACH Assailed \(2004\)](#) abgerufen am 1.6.2025
42. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
43. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
44. ↑ [taz: Chemiereformchen verabschiedet](#) abgerufen am 1.6.2025
45. ↑ [Irish Times: Watering down of EU chemicals law proves power of lobbyists](#) abgerufen am 1.6.2025
46. ↑ [VCI: Position zum REACH-Review \(2013\)](#) abgerufen am 1.6.2025
47. ↑ [Vorstand und Präsidium vci.de](#), abgerufen am 02.03.2018
48. ↑ ^{48,048,148,248,3} [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org, 28.01.2025, abgerufen am 10.04.2025
49. ↑ [EU-Lobbyregistereintrag Mayer Brown Europe-Brussels LLP](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 10.04.2025
50. ↑ [CV Friedrich Merz](#), merz.cdu.de, abgerufen am 10.04.2025
51. ↑ ^{51,051,1} [EU Proposed Restriction on PFAS](#), mayerbrown.com, 28.02.2023, abgerufen am 10.04.2025

52. ↑ General Court of the European Union Press Release No. 68/18, curia.europa.eu, 17.05.2018, abgerufen am 10.04.2025

BASF

Der Umsatz der BASF-Gruppe liegt im Gesamtjahr 2025 bei voraussichtlich 59,7 Milliarden Euro (2024: 61,4 Milliarden Euro, 2021: 78,6 Milliarden Euro).^[1]

Der Konzern ist in den folgenden Bereichen tätig: Chemicals, Materials, Industrial Solutions, Nutrition & Care und Agricultural Solutions.^[2]

BASF SE



Rechtsform Societas Europaea
 (Aktiengesellschaft)

Tätigkeitsbereich Chemiebranche

Gründungsdatum 1865

Hauptsitz Ludwigshafen

Lobbybüro

Lobbybüro Avenue de Cortenbergh 60, B-
EU 1000 Brussels

Webadresse www.basf.com

Inhaltsverzeichnis

1 Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy	13
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	13
3 Parteispenden und Sponsoring	13
4 Austausch zwischen Wirtschaft und Politik	13
5 Mitgliedschaften	14
6 Fallbeispiele und Kritik	14
6.1 2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie	14
6.2 2022: Engagement gegen Gasembargo	14
6.3 Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung	14
6.4 2016: Wahlkampffinanzierung USA	15
6.5 2015: Asset-Tausch mit Gazprom	15
6.6 2012: Das Bienensterben	15
6.7 Lobbyisten in Ministerien	15
7 Weiterführende Informationen	16
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
9 Einzelnachweise	16

Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy

BASF ist u.a. am europäischen Gas- und Ölunternehmen [Wintershall Dea](#) mit 72,7 % beteiligt.^{[3][4]} Die restlichen Anteile hält die Luxemburger Investmentfirma Letter one, die zum Einflussbereich des russisch-israelischen Oligarchen Michail Friedman gehört.^[5] Am 02.03.2022 gab [Wintershall Dea](#) bekannt, keine zusätzlichen Projekte zur Förderung von Gas und Öl voranzutreiben oder umzusetzen und die Finanzierung von [Nord Stream 2](#) in Höhe von rund 1 Milliarde Euro abzuschreiben.^[6] Das Öl- und Gasgeschäft von Wintershall Dea ohne Russland-Bezug ist im September 2024 an das britische Öl- und Gasunternehmen [Harbour Energy Plc](#) übertragen worden.^[7] BASF und LetterOne bleiben Eigentümer von Wintershall Dea und sind im Rahmen der Transaktion auch Gesellschafter von Harbour Energy geworden.^[8]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt – teilweise im Rahmen von selbst organisierten parlamentarischen Abenden und Diskussionsveranstaltungen.^[9] BASF nimmt auch über den [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) und den [European Chemical Industry Council](#) (CEPIC), denen der Konzern angehört, Einfluss auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt BASF an, im Jahr 2023 3.720.001 bis 3.730.000 Euro auszugeben und 31 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 6,90) zu beschäftigen.^[10] Auch im Europäischen Transparenzregister ist BASF eingetragen und hat dort für das Jahr 2021 3.000.000 bis 3.499.999 Euro Lobbyausgaben und 27 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 16,8) angegeben.^[11] Seit 2015 gab es 36 Treffen mit der EU-Kommission (Stand: 09.04.2022). 2021 erhielt BASF Finanzhilfen der EU in Höhe von 2.117.513 Euro.

Parteispenden und Sponsoring

Nach eigenen Angaben unterstützt BASF keine politischen Parteien. Das gelte auch für Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Kandidaten im Wahlkampf. In den USA hätten Mitarbeiter der BASF Corporation von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ein „Political Action Committee (PAC)“ zu gründen. Das „BASF Corporation Employee PAC“ sei eine freiwillige, staatlich registrierte Vereinigung von Mitarbeitern. Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen werde durch die „Political Relations and Advocacy-Policy“ geregelt. Jegliches Sponsoring werde in angemessener Weise transparent gemacht.

Quelle: ^[12]

Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Laut ihrer Webseite gibt es keine aktuellen Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF SE und der deutschen BASF-Gruppengesellschaften bei internationalen Organisationen, Regierungen, Ministerien sowie der öffentlichen Verwaltung - bzw. von Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der BASF. BASF halte den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik für wichtig und sei sich der mit dem sog. „Drehtür“-Effekt verbundenen Interessenkonflikte bewusst. In Bezug auf die sog. „Cooling-off“-Perioden halte sich BASF an geltende Vorschriften.

Quelle: ^[13]

Mitgliedschaften

Die 84 Organisationen, in denen BASF Mitglied ist, sind [hier](#) abrufbar. Dazu gehören der [Wirtschaftsrat der CDU](#), das [Wirtschaftsforum der SPD](#), der [Grüne Wirtschaftsdialog](#) und die [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Auf europäischer Ebene ist BASF u.a. Mitglied im [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC) und [BusinessEurope](#).

Fallbeispiele und Kritik

2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie

Am 20. Februar fand auf dem BASF-Gelände in Antwerpen ein Treffen zwischen dem belgischen Premierminister Alexander De Croo, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und hochrangigen Unternehmensvertreter:innen der Chemiebranche statt. Bei dem Treffen, das von der Ratspräsidentschaft Belgiens organisiert wurde, sollte es um die Zukunft des Chemiesektors und das umweltpolitische Projekt des „EU Industrial Deal“ gehen. Umweltorganisationen blieben bei diesem Exklusivgipfel jedoch außen vor. ^[14] Den privilegierten Zugang der Chemiebranche zur Politik und den Ausschluss der Zivilgesellschaft kritisierten LobbyControl und 72 andere Organisationen in einem [offenen Brief](#) an den belgischen Premierminister.

2022: Engagement gegen Gasembargo

Die Debatte um ein mögliches Gasembargo gegen Russland als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine veranschaulichte die Abhängigkeit energieintensiver Unternehmen, wie der BASF, von Erdgasimporten. BASF-Konzernchef Martin Brudermüller trat nur wenige Wochen nach Beginn der russischen Invasion im Frühjahr 2022 immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit. In zahlreichen Interviews stellte er die russischen Gaslieferungen als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar, ^[15] warnte davor, dass ein Embargo „unseren Wohlstand zerstören“ würde ^[16] und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“. ^[17] Dies geschah trotz gegenteiliger Ansichten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ^[18] oder auch der Leopoldina. ^[19]

Einflussnahme der BASF auf die [Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung](#)

Die BASF übt Einfluss auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf nationaler und europäischer Ebene aus. Auf nationaler Ebene ist die BASF Mitglied im Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) und finanziert das DRSC maßgeblich mit. ^[20] Auf europäischer Ebene ist die BASF Mitglied und Finanzier der value balancing alliance (vba). ^[21]

Der BASF Finanzvorstand Dr. Hans-Ulrich Engel ist einer von 40 Unterzeichnern eines Appells an den damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner. Der Appel forderte die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) durch die weniger weitreichenden International Sustainability Standards Board (ISSB)-Standards zu ersetzen. ^[22]

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte.^[23]

2015: Asset-Tausch mit Gazprom

Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten BASF und deren Tochter [Wintershall](#) vermehrt mit dem russischen Staatskonzern [Gazprom](#). Anfang der 2010er Jahre strebten die drei Unternehmen einen Tausch von Vermögenswerten an: Während Wintershalls Gashandel- und -speichergeschäft an [Gazprom](#) übertragen werden sollte, sollte [Wintershall](#) im Gegenzug Anteile an Gazproms Gasfeldern in Sibirien erhalten. Trotz der damit einhergehenden, steigenden Bedeutung Gazproms für den deutschen Gasmarkt wurde das Geschäft von dem damaligen Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) im Jahr 2013 zunächst genehmigt.^[24] Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, verzögerte sich der Verkauf jedoch aufgrund der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen. Der damalige BASF-Chef Kurt Bock setzte sich daraufhin bei [Gabriel](#) für den Verkauf ein und drängte in einem Brief, das geplante Tauschgeschäft auch ohne neue Genehmigung zuzulassen.^[25] Gabriel leistete diesem Vorschlag Folge und vermerkte handschriftlich "Ich unterstütze den Antrag".^[26] Darüber hinaus erteilte er für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe.^[27]

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das [Bees Biodiversity Network](#). Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der **Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH**, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der [EU-Kommission](#) zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins [\[\[Bundeswirtschaftsministerium\]](#) – und trat im [Europaparlament](#) als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [BASF-Gruppe legt vorläufige Zahlen für das Gesamtjahr 2025](#) [vor](#) [basf.com](#) vom 22.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
2. ↑ [BASF-Bericht 2023](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 06.05.2025
3. ↑ [Die heikle Russland-Connection von BASF](#), [manager-magazin.de](#) vom 30.03.2022, abgerufen am 12.04.2022
4. ↑ [Wintershall Dea GmbH Konzernabschluss zum 31.Dezember 2020](#), [unternehmensregister.de](#), abgerufen am 13.04.2022
5. ↑ [Oligarch Friedman klagt über „Hausarrest“ in Londoner 70-Millionen-Villa](#), [stern.de](#) vom 29.03.2022, abgerufen am 13.04.2022
6. ↑ [Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab](#), [wintershalldea.com](#), abgerufen am 12.04.2022
7. ↑ [Verkauf vollzogen: E&P-Assets von Winterhall Dea an Harbour Energy übertragen](#), [wintershalldea.com](#) vom 03.09.2024, abgerufen am 17.04.2025
8. ↑ [Verkauf des E&P-Geschäfts von Wintershall DEA an Harbour Energy vollzogen](#), [chemanager-online.de](#) vom 17.04.2024, abgerufen am 17.04.2025
9. ↑ [BASF](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 04.05.2025
10. ↑ [BASF SE](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 08.04.2022
11. ↑ [BASF SE](#), [ec.europa.eu/transparencyregister](#), abgerufen am 09.04.2022
12. ↑ [Politische Spenden und Sponsoring](#), [basf.com](#), abgerufen am 09.04.2022
13. ↑ [Austausch zwischen Wirtschaft und Politik](#), [basf.com](#), abgerufen am 09.04.2022
14. ↑ [Lobbyismus in der EU. Blockieren und profitieren: Ein Exklusivgipfel für die Chemieindustrie](#) [lobbycontrol.de](#), vom 20.02.2024, abgerufen am 05.03.2024
15. ↑ [„Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“](#) [faz.net](#) vom 04.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
16. ↑ Ebd.
17. ↑ [BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren](#) [faz.net](#), vom 29.04.22 zuletzt aufgerufen am 04.08.22
18. ↑ [Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert](#) [diw.de](#) vom 08.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
19. ↑ [Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt](#) [leopoldina.org](#) vom 08.03.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
20. ↑ [Kapitalmarktorientierte Industrieunternehmen und Verbände](#), Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., abgerufen am 13.02.2025
21. ↑ [About us](#), Value balancing alliance, abgerufen am 13.02.2025
22. ↑ [Notwendiger Endorsement-Prozess für die Überführung der ISSB-Standards in EU-Recht](#), Deutsches Aktieninstitut vom 25.03.2022, abgerufen am 13.02.2022

23. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
24. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
25. ↑ Ebd.
26. ↑ Ebd.
27. ↑ Ebd.

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von [Monsanto](#) im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betrugen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]

Bayer AG



Rechtsform Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich Chemie- & Pharmabranche
Gründungsdatum 1863
Hauptsitz Leverkusen
Lobbybüro
Lobbybüro EU 40 Rue Bollard, 1000 Brussels, (+32) 25502112
Webadresse [bayer.de](https://www.bayer.de)

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	18
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	18
2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	19
2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	19
2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission	19
2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	20

2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	21
3 Themen der Lobbytätigkeit	21
4 Parteispenden	21
5 Transparenz	22
6 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	22
6.1 Umstrittene Zulassung von Glyphosat	22
6.2 Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)	23
6.3 Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	23
6.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	24
6.5 Klagen gegen Monsanto/Bayer	24
7 Sonstige Fallbeispiele und Kritik	25
7.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	25
7.2 2015: Intransparente Hochschulkooperation	25
7.3 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	25
8 Weiterführende Informationen	25
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	26
10 Einzelnachweise	26

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeigenschaften)
- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Science entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro.^{[13][14]} Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro.^[15]

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen.^[16] So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Glyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro
- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- Penta (ehem. Hume Brophy): 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: ^[17]

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission^[18]

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) (vfa)
- [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- BIO Deutschland (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- ICC Germany
- econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft
- Industrie-Förderung Gesellschaft mbH
- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
- Westwind
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- British Chamber of Commerce in Germany
- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC)
- European Federation of Pharmaceutical Industries Association (EFPIA)
- The Association of the European Self-Medication Industry (AESGP)
- CropLife Europe (CLE)
- [European Crop Protection Association](#) (ECPA)
- [Plants for the Future](#)
- Euroseeds
- Cosmetics Europe
- [DIGITALEUROPE](#)
- [BITKOM](#)
- [European Justice Forum](#)
- Food Supplements Europe
- MedTech Europe
- COCIR
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [Businesseurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations](#) (EFPIA)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro

- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: ^[19]

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgendenden Regelungsvorhaben ^[20]:

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden. ^[21] Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbyierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR –Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"
- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von LobbyControl zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungskooperationen zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28.

November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosat-haltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt.^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungsk Kooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[35] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsanto ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.^[36] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberen Methoden Monsanto tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.^[37]

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im [Geschäftsbericht 2023](#) berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun...Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat.^[38]

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur [mhoch3](#).^[39] "In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren."^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#)

- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#), 23.09.2024
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#) 12. März 2020
- Verein [Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018
3. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmu.de, abgerufen am 06.10.2024
4. ↑ [Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmu.de, abgerufen am 06.10.2024
6. ↑ [Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. ↑ [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
10. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
11. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
14. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
15. ↑ [Bayer Crop Science Deutschland GmbH](#), lobbyregister.de vom 28.06.2024, abgerufen am 06.10.2024
16. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. ↑ [Bayer AG](#), transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024, abgerufen am 05.10.2024
18. ↑ [List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. ↑ [Bayer Political Advocacy Transparency December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
21. ↑ [Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024

27. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ [Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ [Glyphosate Renewal in the EU](#), bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ [hier](#) Europäische Kommission, abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat](#) Umweltbundesamt vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
36. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
40. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
43. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023

Adlerkreis

Weiterleitung nach:

- [Netzwerkvereine#Adlerkreis](#)

Europäisches Institut für Klima und Energie

Das **Europäische Institut für Klima und Energie** (EIKE) ist ein Verein, dessen Haupttätigkeitsfeld es ist, den menschengemachten Klimawandel zu leugnen. EIKE gilt als die deutschsprachige Speerspitze der Lobby, die den menschengemachten Klimawandel leugnet. ^{[1][2]}

Im "Grundsatzpapier Klima" vertritt EIKE die Verschwörungserzählung, dass die Klimawissenschaft "politisch und ideologisch instrumentalisiert" worden sei mit dem Ziel, "nationalen Regierungen die propagandistische Grundlage für einschneidende Änderungen ihrer Energie- und Fiskalpolitik zu liefern".

Der Name "Europäisches Institut für Klima und Energie" suggeriert Wissenschaftlichkeit. Die wenigen Publikationen, die EIKE auf seiner Website benennt, stammen allerdings nicht von Klimawissenschaftler:innen oder Meteorolog:innen.

Die publizierenden Mitarbeiter:innen haben keinen wissenschaftlichen Hintergrund in der Klimaforschung und stammen höchstens aus anderen naturwissenschaftlichen Disziplinen.

EIKE ist sowohl im deutschsprachigen Raum in AfD, CDU und FDP sowie in rechtslibertären Organisationen und der [Bundesinitiative Vernunftkraft](#) vernetzt, als auch international im einflussreichen [Heartland Institute](#) und [CFACT](#).

Als Alternative zu den UN-Klimakonferenzen veranstaltet der Verein EIKE 'Internationale Klima- und Energiekonferenzen', die parallel zum UN-Klimagipfel stattfinden und Klimafaktenleugner zusammenbringt. Dort sprach in der Vergangenheit u.a. Steffen Hentrich, inzwischen Referent für Umweltpolitik bei der FDP und Fritz Vahrenholt, bekanntestes Vertreter der Szene in Deutschland.

Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)

Rechtsform

Tätigkeitsbereich Lobbyarbeit zur Leugnung des menschengemachten Klimawandels

Gründungsdatum Februar 2007

Hauptsitz Wiesenstr. 110, 07743 Jena

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse eike-klima-energie.eu

SSe

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	29
2 Positionen	30
3 Bewertung der Aktivitäten im Rahmen der Gemeinnützigkeits-Prüfung	30
4 Verflechtungen mit der AfD, Klimaleugner-Organisationen, Denkfabriken und Foren	31
5 Verbindungen im Einzelnen	31
5.1 Alternative für Deutschland (AfD)	31
5.2 Institut für Unternehmerische Freiheit	31
5.3 Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	32
5.4 Vernunftkraft	32
5.5 Forum Wissenschaft und Politik	33
5.6 Committee for a Constructive Tomorrow (CFACT)	33
5.7 Heartland Institute	34

6 Verbindungen zu weiteren Parteien und parteinahen Organisationen	34
6.1 Landesverband Thüringen des Wirtschaftsrat der CDU	34
6.2 WerteUnion in Bayern	34
6.3 Berliner Kreis der CDU	35
7 Verbindungen zu Lobbyorganisationen	35
7.1 Kerntechnische Gesellschaft	35
8 Verbindungen zu Medien	35
8.1 Rechtslibertäres Magazin "eigentümlich frei"	35
8.2 Debattenmagazin "The European"	36
9 Vergleichbare europäische Klimaleugner-Organisationen	36
10 Climate Reality Forum	36
11 Organisationsstruktur und Personal	37
11.1 Leitung	37
11.2 Fachbeirat	37
12 Finanzen	38
13 Weiterführende Informationen	39
14 Einzelnachweise	39

Aktivitäten

Das 2007 als gemeinnütziger Verein gegründete Europäische Institut für Klima und Energie (EIKE) mit Sitz in Jena bietet eine Plattform für Diskussionen und Publikationen und organisiert Symposien und Kongresse.

Die wichtigste Veranstaltungsreihe sind die **Internationalen Klima- und Energiekonferenzen**, die parallel zu den UN-Klimakonferenzen veranstaltet werden und bei denen sich Klimafakten-Leugner aus aller Welt treffen. Laut Janine Patz vom „Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ in Jena bieten EIKE und ihre Konferenzen antidemokratischen und offen demokratiefeindlichen Akteurinnen eine Brücke.^[3] Die strategische Lobbyarbeit sei nicht nur demokratiegefährdend, sondern leider auch sehr erfolgreich bezüglich der Verschleppung, Ausbremsung und Verhinderung von Klimaschutzmaßnahmen.

Bei den Klimakonferenzen 2009 und 2010 waren die folgenden Organisationen Mitveranstalter: Die FDP-nahe Friedrich-Naumann Stiftung (zuständiger Referent beim Liberalen Institut der Stiftung war damals Steffen Hentrich^[4], aktuell Referent für Umweltpolitik der FDP-Bundestagsfraktion), CFACT Europe (von EIKE-Präsident Thuss gegründet und inzwischen aufgelöst) und das Institut für Unternehmerische Freiheit (zeitweise Bezeichnung: Berlin Manhattan Institut).^{[5][6]} In den letzten Jahren veranstaltete EIKE die Internationalen Konferenzen gemeinsam mit dem CFACT mit Sitz in den USA und dem Heartland Institute.^{[7][8][9]}

Auf den Internationalen Klima- und Energiekonferenzen halten viele Gremienmitglieder von EIKE sowie ähnlich ausgerichteter Organisationen Vorträge. Zu den weiteren deutschen Referenten der Konferenzen gehörten:

- **Lutz Peters** (3. Konferenz 2010), Vorstandsvorsitzender des Deutschen Arbeitgeberverbands, Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Marktwirtschaft und Gastgeber der Expertengespräche der Stiftung Marktwirtschaft auf Gut Kaden^[10], Autor des 2023 erschienen Buchs „Energiewende gescheitert. Und nun?“ mit einem Vorwort des Klimafakten-Leugnens Fritz Vahrenholt.^[11]

- [Fritz Vahrenholt](#) (14. Konferenz 2021), Klimafaktenleugner^{[12][13]}, Kuratoriumsmitglied der Global Warming Policy Foundation^{[14][15]}, Mitglied des Aufsichtsrats der Aurubis AG und der ENCAVIS AG sowie Vorsitzender des Investitionskomitees der Innogy Venture Capital GmbH^[16], Gastautor der [Achse des Guten](#) und von [Tichys Einblick](#). Vahrenholt behauptet bei „Bild“: Der Komplett-Ausstieg aus Kohle, Gas und Atom bedeute für die Wirtschaftsmacht Deutschland den Todesstoß.^[17] Beim Neujahrsempfang des Landesverbands Sachsen des [Wirtschaftsrat der CDU](#), bei der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der AfD trat Vahrenholt als Referent auf.^{[18][19][20]}
- Markus C. Kerber (15. Konferenz 2022), Professor für öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik, Kläger beim Bundesverfassungsgericht gegen die Wertpapierkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB)^[21], Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)^[22], Gastautor der [Achse des Guten](#) und von [Tichys Einblick](#)^[23]
- [Günter Ederer](#) (15. Konferenz 2022, 14. Konferenz 2021), Klimafaktenleugner^[24], Wirtschaftspublizist, Filmproduzent, Autor der [Achse des Guten](#)

Die Partner vom [Heartland Institute](#) veranstalten wie EIKE jährlich eine alternative Klimakonferenz unter der Bezeichnung [International Conference on Climate Change](#).^[25]

Positionen

EIKE leugnet den menschengemachten Klimawandel und lehnt jegliche Klimapolitik ab.^[26] Nach Angaben des Bundesumweltamtes verbreitet EIKE Thesen, die dem wissenschaftlichen Konsens widersprechen.^[27] Nach Auffassung von Gabor Paal, einem Journalisten des SWR, hält kein Beweis und kaum eine Behauptung der Klimaskeptiker von EIKE einer Nachprüfung stand.^[28] Zum großen Teil stützten sie sich auf Rest-Unsicherheiten in der Forschung, die es tatsächlich gibt oder arbeiteten mit Diffamierungen einzelner Wissenschaftler. Laut EIKE-Pressesprecher Hans-Joachim Lüdecke brauchen wir ohnehin keine Klimaforscher, schließlich gebe es keine wissenschaftlichen Beweise dafür dass CO2 die Atmosphäre aufheize.^[29]

Im seinem "Grundsatzpapier Klima" vertritt EIKE die Verschwörungserzählung, dass die Klimawissenschaft "politisch und ideologisch instrumentalisiert" worden sei mit dem Ziel, "nationalen Regierungen die propagandistische Grundlage für einschneidende Änderungen ihrer Energie- und Fiskalpolitik zu liefern". Dabei würden "IPCC, Regierungen, Parteien, Klimainstitute, ideologische NGOs, aber auch profitierende Industrien wie Windrad-, Photovoltaik-, Dämmstoffindustrie sowie Energiemonopolisten, Versicherungen, Banken und Medienmonopole Hand in Hand [arbeiten] – zum Schaden der Armen in der dritten Welt, unserer Volkswirtschaft und jedes einzelnen deutschen Verbrauchers." ^[30]

In den Erläuterungen auf der eigenen Webseite zum Fachbeirat ist von einer engen Verbindung zwischen EIKE und "führenden Wissenschaftlern" die Rede. Zu den Mitgliedern der EIKE-Gremien (Leitung und Fachbeirat) gehört jedoch kein einziger Meteorologe oder Klimatologe, der aktuell an einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung oder Universität tätig ist (Stand: 10/2019).

Bewertung der Aktivitäten im Rahmen der Gemeinnützigkeits-Prüfung

Im Februar 2022 hat das Finanzamt Jena EIKE die Gemeinnützigkeit entzogen.^[31] Der Bescheid beruht auf einem [Gutachten](#) von [Sönke Zaehle](#), Professor am Max-Planck-Institut für Biogeochemie in Jena und Mitautor des 6ten Sachstandberichts des Weltklimarats IPCC, zur Aktivität von EIKE im Jahr 2018. Das Gutachten kommt zu folgendem Ergebnis:

„Zusammengenommen lässt sich aus dem vorliegenden Tätigkeitsbericht für das Jahr 2018 insbesondere mit Hinblick auf die Problematik der vom EIKE aufgeführten Publikationen, die keinen Zusammenhang mit dem EIKE e.V. kenntlich machen; den fachlichen Mängeln dieser Publikationen; den oben ausgeführten fachlichen Mängeln der Grundsatzpapiere des Eike e.V.; und der einseitigen Auswahl von Sprechern auf der durchgeführten Tagung nicht belegen, dass EIKE e.V. eigenständige Forschung durchführt oder unterstützt, und in seiner Darstellung und Kommunikation von Fragen zum Thema Klimawandel und Energie den eingangs aufgeführten Leitsätzen der guten wissenschaftlichen Praxis der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in angemessener Weise Folge leistet“.

Auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat stichprobenartig Publikationen von EIKE bewertet und ebenfalls bedeutende Mängel konstatiert.^[32]

Verflechtungen mit der AfD, Klimaleugner-Organisationen, Denkfabriken und Foren

Über ihre Repräsentanz im Bundesfachausschuss Energie der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) hat EIKE erheblichen Einfluss auf deren Umwelt- und Energiepolitik. Mitglieder im Bundesfachausschuss sind Michael Limburg, Vizepräsident von EIKE, Horst-Joachim Lüdecke, EIKE-Pressesprecher, sowie Autoren von EIKE. Vizepräsident Limburg hat sogar am Programm der AfD mitgewirkt und arbeitet auf einer Viertelstelle beim AfD-Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse, dem klimapolitischen Sprecher der Fraktion.^[33]

Kooperationspartner von EIKE ist das neoliberale [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), dessen Vorstandsmitglied und Geschäftsführer Wolfgang Müller Generalsekretär von EIKE ist. Enge Beziehungen gibt es auch zum [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT), einem wichtigen Koordinator der internationalen Klimaleugner. EIKE-Präsident Holger Thuß hat dessen inzwischen aufgelösten Ableger CFACT Europe mit gegründet und war dessen Geschäftsführer. Weiterhin arbeitet EIKE mit der Klimaleugner-Lobbyvereinigung [Heartland Institute](#) zusammen.

Verbindungen im Einzelnen

Alternative für Deutschland (AfD)

Folgende Mitglieder/Funktionsträger der AfD wirken bei EIKE mit:

- Michael Limburg, Mitglied der AfD und Stellv. Vorsitzender des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Vizepräsident von EIKE^[34]
- Horst-Joachim Lüdecke, Mitglied der AfD und Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Pressesprecher von EIKE^[35]
- Klaus-Peter Krause, Mitglied der AfD, Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie und Stellv. Vorsitzender der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#), veröffentlicht regelmäßig Artikel bei EIKE

Institut für Unternehmerische Freiheit

EIKE arbeitet eng mit dem [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) (IUF) zusammen, das in Klima- und Energiefragen ähnliche Positionen vertritt.^[36] Mit diesem neoliberalen Netzwerk organisiert EIKE seit 2009 regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen, so die 7. Internationale Klima- und Energiekonferenz vom 10. April 2014^[37] und die 9. Internationale Klima- und Energiekonferenz vom 11. Dezember 2015.^[38]

Wolfgang Müller, Generalsekretär von EIKE, ist gleichzeitig Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Institut für Unternehmerische Freiheit (IUF). Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des IUF sind u.a. Thomas Straubhaar, ehem. Direktor des Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung und Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft sowie Tom G. Palmer Vizepräsident des Atlas Network, Direktor der Cato-Universität und Senior Fellow am Cato Institute sowie Mitglied der Mont Pelerin Society.^[39]

Senior Fellow des IUF ist Steffen Hentrich, Referent für Umweltpolitik der FDP-Bundestagsfraktion, der am 16.06.2009 einen Vortrag bei der 1. Berliner Klimakonferenz von EIKE hielt und wiederholt bei EIKE gepostet hat.^{[40][41]} Bis 2013 war er Blogger der Internet- und Blogzeitung Die Freie Welt, die ein Teil des Vereinsnetzwerks Zivile Koalition der AfD-Politiker Beatrix und Sven von Storch ist.^[42] Hentrich ist (Mit-) Herausgeber des 2011 erschienen Buches „Realitätscheck für den Klimaschutz“. Die Hälfte des Buches hat der bekannte Klimawandelleugner Ross McKittrick verfasst. Hentrich bezweifelt eine relevante globale Erderwärmung. So schrieb er am 15. Juli 2021 auf Twitter: "...mich überzeugt der Artikel nicht. Es wird global wärmer, dadurch ändert sich das Wetter. Soweit, so gut. Aber um wieviel wärmer muss es werden, dass dieser Effekt wirkt? Global ist es in den letzten Jahren kaum wärmer geworden“.^[43]

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Folgende Mitglieder/Funktionsträger der Hayek-Gesellschaft wirken bei EIKE mit:

- Holger Thuß, Mitglied der Hayek-Gesellschaft, ist Präsident von EIKE
- Michael Limburg, Mitglied der Hayek-Gesellschaft, ist Vizepräsident von EIKE
- Wolfgang Müller, Mitglied der Hayek-Gesellschaft, ist Generalsekretär von EIKE

Michael Limburg, Vizepräsident von EIKE sowie Mitglied der AfD und der Hayek-Gesellschaft, tritt bei regelmäßig bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft auf. Am 30. Oktober 2019 hielt er auf dem von der Hayek-Gesellschaft organisierten FORUM FREIHEIT 2019 einen Vortrag zum Thema „Klimasozialismus“.^[44] Limburg war der einzige Referent zu diesem Thema; seriöse Klimawissenschaftler waren nicht geladen. Die Moderation übernahm Carlos Gebauer, Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, der bereits 2010 in einem bei family.fair gesendeten Interview mit Limburg als dessen Stichwortgeber fungierte.^[45] Am 23. September 2019 referierte Limburg beim Hayek-Club Berlin zum Thema: „Kann unsere Energiewende das Klima retten?“^[46], am 23. Juni 2022 zum Thema "Der Green Deal der EU und das Weltklima – Wie Brandenburg mit der EU das Klima rettet“.^[47]

Vernunftkraft

EIKE macht Stimmung gegen die Windkraft als bedeutendster erneuerbarer Energiequelle, die im Wettbewerb mit fossilen Energieträgern und der Kernkraft steht.^[48] In diesem Zusammenhang wirbt EIKE für das windkraftkritische Netzwerk Vernunftkraft.^[49]

Vorsitzender von Vernunftkraft ist Nikolai Ziegler, der seit 2010 als Referent im Bundeswirtschaftsministerium (Referat „VI C 1 Grundsatzfragen der nationalen und internationalen Innovations- und Technologiepolitik“ in der Abteilung Digital- und Innovationspolitik) tätig ist.^[50] In einem Beitrag des WDR-Politmagazins Monitor diskreditierte er die Energiewende, verdammt den Windenergieausbau und relativierte den menschengemachten Klimawandel. Christina Fröhlich, Kassenwartin von Vernunftkraft, war AfD-Kandidatin bei der Kommunalwahl 2019 für die Gemeinde Zossen^{[51][52]}

Vernunftkraft gibt u.a. Anleitungen zu Leserbriefen und Buchempfehlungen heraus – u.a. AfD-Lektüre aus dem TvR-Verlag.^{[53][54]} Es handelt sich um das Buch „Strom ist nicht gleich Strom - Warum die Energiewende nicht gelingen kann“ von Michael Limburg (EIKE-Vizepräsident und AfD-Mitglied) und Fred F. Mueller, herausgegeben von EIKE.^[55] Fred F. Müller veröffentlicht regelmäßig Artikel bei EIKE und ist Autor der AfD-nahen Internetzeitung [freiewelt.de](https://www.freiewelt.de). Auch bei Autoren weiterer empfohlener Bücher handelt es sich um bekannte Klimaleugner. Der am 27. Februar 2016 veröffentlichte „Johannisberger Appell für eine vernünftige Energiepolitik“ (Impressum: Vernunftkraft) ist neben dem Vernunftkraft-Vorsitzenden Nikolai Ziegler von EIKE-Pressesprecher Horst-Joachim Lüdecke (AfD-Mitglied) und Helmut Alt, Mitglied des Fachbeirats von EIKE, unterzeichnet worden.^[56]

EIKE ist - wie Vernunftkraft - Mitglied der Europäischen Plattform gegen Windkraftanlagen.^[57]

Forum Wissenschaft und Politik

Das [FPW Forum Wissenschaft & Politik Der Metropolregion Rhein-Neckar](#) organisiert Vorträge, die von der IHK Ludwigshafen durch Bereitstellung von Räumlichkeiten und Getränken unterstützt werden. Zu den Referenten zu Energie- und Umweltfragen gehören die EIKE-Aktivisten Horst-Joachim Lüdecke, Helmut Alt und Michael Limburg.^[58] Ein weiterer Referent ist Björn Peters, Autor von EIKE^[59], Gründungsmitglied der [Nuclear Pride Coalition](#), CFO beim Kernkraft-Unternehmen [Dual Fluid](#), Bundesvorstandsmitglied und Ressortleiter Energiepolitik beim wirtschaftsliberalen Deutschen Arbeitgeberverband (DAV) und Inhaber der Unternehmens- und Politikberatung [Peters Coll.](#) Peters ist von der AfD als Experte zu Anhörungen eingeladen worden^[60] und hält Vorträge bei der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.^[61] Auf der Webseite des DVA forderte er, das Pariser Klimaschutzabkommen zu kündigen und dann neu zu verhandeln.^[62] Peters kommentiert und referiert regelmäßig bei der Anti-Windkraft-Initiative [Vernunftkraft](#).^[63]

Im Übrigen halten beim Forum auch prominente ehemalige CDU-Politiker Vorträge wie [Roland Koch](#), Vorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), und [Günther Oettinger](#), Lobbyist und Ex-EU-Kommissar.

Committee for a Constructive Tomorrow (CFACT)

Das 2004 von EIKE-Präsident [Holger Thuß](#) gegründete und inzwischen aufgelöste CFACT Europe gehörte zum CFACT-Netzwerk, das von [CFACT](#) mit Sitz in Washington D.C. initiiert worden ist.^[64] Das von Chrysler, [Exxonmobil](#) und Chevron finanzierte US-amerikanische CFACT^{[65][66]} gilt als wichtiger Koordinator der internationalen Klimaleugnerszene. CFACT Europe war auch als Organisation Gründungsmitglied von EIKE.^[67] Laut "Monitor" war CFACT Europe unter derselben Adresse in Jena eingetragen wie EIKE.^[68] Artikel von CFACT werden bei EIKE veröffentlicht.^[69] EIKE-Präsident [Holger Thuß](#) war einer der beiden Geschäftsführer von CFACT Europe. [Wolfgang Müller](#), Generalsekretär von EIKE, ist für das CFACT Climate Change Programme verantwortlich. Das CFACT (bzw. früher dessen Ableger CFACT Europe) ist regelmäßig Mitveranstalter und Mitsponsor der von EIKE organisierten "Internationalen Klimakonferenzen".^{[70][71]} EIKE, das [Heartland Institute](#) und CFACT veranstalteten am 3. Dezember 2019 eine Konferenz unter dem Thema „Rebutting the United Nations’ Climate Delusion“.^[72]

Laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Jena (VR 230922) ist CFACT Europe am 21. Januar 2022 wegen unzulässiger Eintragung gemäß § 395 FamFG von Amts wegen gelöscht worden.

Heartland Institute

Holger Thuß, Präsident von EIKE, ist politischer Berater des Heartland Institute.^[73] Heartland beteiligt sich seit Jahren an den von EIKE organisierten Internationalen Klima- und Energiekonferenzen über die Entsendung von Referenten. Beispiele sind die 12. und die 13. Klima- und Energiekonferenz jeweils mit James Taylor von Heartland als Referenten. Repräsentanten von EIKE waren ihrerseits Redner auf Konferenzen von Heartland. Am 03.12.2019 veranstalteten Heartland, EIKE und das Committee for a Constructive Tomorrow (CFACT) in Madrid eine Konferenz zum Thema „Rebutting the United Nations’ Climate Delusion“. ^[74] Eine entsprechende Konferenz gab es am 04.12.2018 in Kattowice mit Heartland und EIKE als Veranstaltern. ^[75] Laut Heartland-Webseite arbeiten EIKE und Heartland seit mehr als einer Dekade zusammen und bringen Wissenschaftler aus der ganzen Welt zu einer zweitägigen Konferenz nach Europa, was einen enormen Niederschlag in den Medien findet. ^[76]

Verbindungen zu weiteren Parteien und parteinahen Organisationen

Landesverband Thüringen des Wirtschaftsrat der CDU

Die Thüringer Landesfachkommissionen „Energiepolitik“ sowie „Wirtschaft und Innovation“ des Wirtschaftsrat der CDU haben Referenten von EIKE eingeladen, um Mitglieder und Gäste am 29. April 2019 auf der Wirtschaftsrat-Fachkommissionsrunde zum Thema „Klima- und Energiepolitik“ zu informieren. Als Referent wird EIKE-Pressesprecher und AfD-Mitglied Horst-Joachim Lüdecke namentlich erwähnt. Auf der Webseite des Wirtschaftsrats wird als Fazit genannt, dass die Beeinflussung von Klima und Wetter durch die Menschheit bei Betrachtung größerer Zeiträume geringer sei als häufig öffentlich dargestellt. Greta und die Schülerproteste hätten weder in der überzeugenden Präsentation nachprüfbarer wissenschaftlicher Fakten von Hans-Joachim Lüdecke, noch in der Diskussion im Anschluss eine bedeutende Rolle gespielt. Die Fakten des Vortrags stammten aus recherchierbaren Quellen weltweit. Und so fänden sich darunter offizielle Regierungsseiten ebenso wie Publikationen und Forschungseinrichtungen. Die im EIKE engagierten Wissenschaftler sammelten diese und bereiteten sie für die Öffentlichkeit auf, wie EIKE-Präsident Holger Thuß eingangs vorstellt habe. Unerwähnt bleibt, dass es sich bei Prof. Lüdecke nicht um einen renommierten Klimatologen, sondern um einen Physiker für Strömungsmechanik und pensionierten Professor für Physik, Informatik und Operations Research der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW) handelt. Auch wird nicht darauf hingewiesen, dass die von EIKE vertretenen Positionen dem wissenschaftlichen Konsens widersprechen.

Quelle: ^[77]

WerteUnion in Bayern

Die „WerteUnion in Bayern - Konservativer Aufbruch“ tritt für eine Erneuerung der CSU auf christlich-konservativer und marktwirtschaftlicher Basis ein. Ihr Klima-Manifest 2020 wird wie folgt zusammengefasst: „Die Sonne steuert unser Klima, nicht das CO₂“ ^[78]. In dem Manifest wird der menschengemachte Klimawandel geleugnet und die Berichte des Weltklimarats (IPPC) als „willkürliche Selektion von Ergebnissen, die der Untermauerung der Klimapanik dienen“, bezeichnet. Angela Merkel habe eine Richtung eingeschlagen, die sich als Deindustrialisierungsprogramm für westliche Staaten herausstellen werde. Das Manifest ist verfasst von Bohdan Kalwarowskyi (Steuerberater, davor Leiter Steuern der Thüga AG) ^[79], Christian Steidl (Dipl.-Chemiker), Thomas Jahn (Rechtsanwalt, Kreisvorsitzender der Mittelstands-Union) und

Felix Schönherr (Freelance Sales & Marketing-Experte). In der Pressemeldung vom 30. Dezember 2019 zum Manifest, über die bei EIKE ausführlich berichtet worden ist^[80], wird auch auf EIKE-Vizepräsident und AfD-Mitglied Michael Limburg verwiesen: „Sehr informativ ist auch ein Video des Gesprächs zwischen Dipl. Ing. Michael Limburg vom EIKE Institut für Klima & Energie mit Prof. Karl-Herrmann Steinberg, dem letzten Umweltminister der DDR“. ^[81] In dem Manifest werden exakt die Positionen von EIKE und der AfD zum Klimawandel und zur Klimapolitik wiedergegeben.

Berliner Kreis der CDU

Philipp Lengsfeld, CDU MdB bis 2017, Experte für Klima und Energie des Berliner Kreises der CDU^[82], kooptiertes Mitglied des Bundesvorstands der WerteUnion und Mitgründer des [re:look climate-Institut](#), würdigte 2016 auf der 10. Internationalen Klima- und Energiekonferenz das Engagement von EIKE als „Dienst an Wissenschaft und Demokratie“. ^[83]

Verbindungen zu Lobbyorganisationen

Kerntechnische Gesellschaft

Die 28. Tagung der Fachgruppe „Nutzen der Kerntechnik“ der Kerntechnischen Gesellschaft (KTG) fand gemeinsam mit dem [Astroturfing](#)-Verein „Bürger für Technik e.V.“ vom 3. - 5. Oktober 2014 in Karlsruhe statt. ^[84] Die drei Vorstandsmitglieder des Vereins (Ludwig Lindner, Lutz Niemann und Eckehard Göring) sind gleichzeitig Vorstandsmitglieder der genannten Fachgruppe der KTG. An der Tagung nahmen auch Mitglieder von naeb (Nationale Anti-EEG-Bewegung) und EIKE teil. Michael Limburg, Vizepräsident von EIKE, sowie Helmut Alt, Mitglied des EIKE-Fachbeirats, traten als Referenten auf. Der RWE-Manager im Ruhestand Helmut Alt ist 2010 zum Ehrenmitglied der KTG ernannt worden und hält weiterhin Vorträge bei dieser Interessenvertretung der Atomwirtschaft. ^{[85][86]}

Verbindungen zu Medien

Rechtslibertäres Magazin "eigentümlich frei"

Das Magazin "eigentümlich frei" erscheint im Verlag Lichtschlag Medien und Werbung KG, dessen persönlich haftender Gesellschafter [André F. Lichtschlag](#) Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Property and Freedom Society](#) ist. Zu den 40 Kommanditisten des Verlags gehört lt. Eintrag im Handelsregister auch [Hans-Ulrich Kopp](#), der als rechtsextremer Aktivist gilt. ^[87] Im Börseninformationsdienst [Smart Investor](#) (2/2018), dessen Chefredakteur und Geschäftsführer [Ralf Flierl](#) ist, gab es einen ausführlichen Bericht von der vierten „eigentümlich-frei-Konferenz“ in Zinnowitz. ^[88] Fazit: „Erneut ist es André Lichtschlag und seinen Mitstreitern gelungen, ein durch und durch inspirierendes Wochenende zu einem aktuellen Großthema – diesmal der Mediendebatte – auf die Beine zu stellen.“ Hervorgehoben wird eine Podiumsdiskussion der Konferenz, an der Holger Thuß, Präsident und Gründer von EIKE, teilgenommen hat. Thuß äußert sich auch regelmäßig in „eigentümlich frei“ zu Klima- Energie-und Umweltfragen. ^[89] Weitere Teilnehmer der Diskussionsrunde waren Roland Pimpl, Redakteur bei [HORIZONT](#), Mitgründer von „eigentümlich frei“ ^[90] und Referent bei Veranstaltungen der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), sowie

Florian Müller. Moderiert wurde die Veranstaltung von [Carlos Gebauer](#), Vorstandsmitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und Referent bei Veranstaltungen der [Property and Freedom Society](#). Der "Smart Investor" propagiert die Positionen der „Österreichischen Schule“ der Volkswirtschaftslehre, die maßgeblich von [Friedrich August von Hayek](#) und [Ludwig von Mises](#) geprägt worden sind.^[91] Chefredakteur Flierl schreibt u.a. für „eigentümlich frei“ und das rechtsextreme Magazin „Compact“^{[92][93]} und moderierte beim [FORUM FREIHEIT 2021](#)

Debattenmagazin "The European"

Beim Magazin "The European", das im Verlag Weimer Media Group erscheint, werden regelmäßig Gastbeiträge von EIKE oder Beiträge, die bei EIKE veröffentlicht wurden, präsentiert. Beispiele für solche Artikel sind:

- [Ohne Kernkraft- und Kohlekraftwerke geht gar nichts](#), Originalquelle: 22.11.2021, Rüdiger Stobbe
- [Satellitendaten wecken Zweifel am menschengemachten Klimawandel](#), Originalquelle: 03.11.2021, Axel Reichmuth
- [Ozonloch bleibt: Es liegt an der Erderwärmung](#), Originalquelle: 07.07.2021, Axel Reichmuth
- [Düstere Extremwetterprognosen der Bundesregierung sind reine Pankirmache](#), Originalquelle: 24.06.2021, Ein Gastbeitrag von EIKE

EIKE-Präsident Holger Thuß ist Autor von "The European"^[94], EIKE-Vizepräsident Michael Limburg ist Interviewpartner des Magazins^[95]

European-Verleger Wolfram Weimer äußerte sich 2018 zum Thema "Klimaleugner" wie folgt:

"Mit dem Begriff „Klimaleugner“ werden von Rot-grünen seit Jahren Personen stigmatisiert, die es wagen, die Theorie vom rein menschengemachten Klimawandel in ihrem Absolutheitsanspruch zu bezweifeln. Das Wort „Klimaleugner“ soll jede offene Debatte töten, denn es weckt gezielt die Assoziation zum „Holocaustleugner“

Quelle: ^[96]

Kooperationspartner des Magazins sind u.a. die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung und die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung.^[97]

Vergleichbare europäische Klimaleugner-Organisationen

In den folgenden weiteren europäischen Ländern gibt es neoliberale Think Tanks, die - wie EIKE - den Klimawandel leugnen: Großbritannien ([Centre for Policy Studies](#), [The Global Warming Policy Foundation](#) und das [Institute of Economic Affairs](#)), Frankreich ([Institut Economique Molinari](#)), Österreich ([Austrian Economics Center](#)), Schweiz ([Liberales Institut Zürich](#)) und Spanien ([Instituto Juan de Mariana](#)).^[98]

Climate Reality Forum

Das [Climate Reality Forum](#) wird jährlich von den Klimaleugner-Organisationen EIKE, [Heartland Institute](#), [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT) und [Climate Intelligence](#) (CLINTEL) veranstaltet.

Organisationsstruktur und Personal

Leitung

- **Holger Thuß** (Präsident), Jenaer CDU-Lokalpolitiker und Verleger (Thuß & van Riesen), ehem. Stellv. Generalsekretär der Mittelstandsunion der Europäischen Volkspartei^[99]
 - Mitgründer und ehem. Geschäftsführer des inzwischen aufgelösten **CFACT Europe**, dem Ableger des US-amerikanischen **Committee for a Constructive Tomorrow** (CFACT)^[100]
 - Politischer Experte des **Heartland Institute**^[101]
 - Mitglied der **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft**^[102]
 - Autor der libertären Zeitschrift "eigentümlich frei"
- **Michael Limburg** (Vizepräsident), Dipl.-Ing. Elektrotechnik
 - Mitglied der **Alternative für Deutschland** (AfD) und ihres Fachbeirats Energiepolitik^{[103][104]}
 - Mitglied der **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft**^[105]
 - Mitglied des Politischen Beirats der **International Climate Science Coalition** (ICSC)^[106]
 - Gründungsmitglied des **Climate Exit (Clexit) Committee**^[107]
 - Autor der libertären Zeitschrift "eigentümlich frei" und der AfD-nahen **freiewelt.net**, Interviewgeber bei „The European“^[108]
- **Horst-Joachim Lüdecke** (Pressesprecher)^[109], Physiker für Strömungsmechanik und pensionierter Professor für Physik, Informatik und Operations Research der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW), ist Mitglied der **Alternative für Deutschland** (AfD) und ihres Fachbeirats Energiepolitik^[110] sowie Referent bei Veranstaltungen des **Heartland Institute**^[111] In einem Gutachten für die AfD erzählte er von der "Großen Transformation", die auf einer ökologischen und alle Menschen der Welt gleichmachenden Theorie des Umbaus der Menschheitsgesellschaft und einer Herrschaft "weiser Experten" in einer Art Weltregierung basiere.^[112] Die „Große Transformation“ habe dem alten Kommunismus nicht viel Neues hinzugefügt, außer das neue Atout „Klimaschutz“.
- **Wolfgang Müller** (Generalsekretär)^[113], M.A. in Business Administration
 - Geschäftsführer des **Institut für Unternehmerische Freiheit**
 - Verantwortlicher für das **CFACT** Climate Change Programme^[114]
 - Beiratsmitglied der polnischen "Freedom and Entrepreneurship Foundation"^[115]
 - Mitglied der **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft** und der **Mont Pelerin Society**
 - Autor der libertären Zeitschrift "eigentümlich frei"
 - ehem. Mitarbeiter der **Friedrich-Naumann-Stiftung**
 - Referent bei Veranstaltungen des **Heartland Institute** und des **CFACT**^[116]
 - Autor des **Acton Institute**^[117]

Fachbeirat

Nach eigenen Angaben trägt die enge Verbindung zwischen EIKE und führenden Wissenschaftlern entscheidend dazu bei, dass sich die Bildungsinhalte von EIKE stets an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Der Fachbereich von EIKE setze sich deshalb aus führenden Vertretern relevanter Fachbeiräte aus aller Welt zusammen.^[118] Die nachstehende Aufstellung zeigt jedoch, dass einige

Mitglieder nicht einmal einen akademischen Abschluss im Bereich Naturwissenschaften haben. Die Professoren aus dem Bereich Naturwissenschaften sind alle emeritiert. Unter den Mitgliedern befindet sich kein einziger Meteorologe oder Klimatologe, der zur Zeit an einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung aktiv ist. Einige Mitglieder haben Verbindungen zu wirtschaftsnahen Netzwerken. Mehrere Fachbereichsmitglieder sind auch in den Gremien weiterer Klimaleugner-Organisationen aktiv und werden deshalb von EIKE als "führende Vertreter relevanter Fachbeiräte aus aller Welt" bezeichnet, was den Eindruck von Internationalität und Seriosität vermitteln soll. Die betreffenden Organisationen werden jedoch fast ausnahmslos von der Industrie und/oder libertären Millionären/Milliardären sowie deren Stiftungen finanziert oder machen - wie EIKE - keinerlei Angaben zu ihrer Finanzierung.

Mitglieder des Fachbeirats sind:

- Hans Jelbring, Stockholm University, ehem. Leiter des Department of Physical Geography and Quaternary Geology^[119], „Special Advisor“ des [Independent Committee on Geoethics](#)^[120]
- Hans H.J. Labohm, Ökonom und Publizist (1987-1992 OECD-Vertreter der Niederlande) IPCC Expert Reviewer AR4 (2007), Regionaldirektor Niederlande des [Climate Exit \(Clexit\) Committee](#)^[107]
- Richard Lindzen, Atmosphärenphysiker, bis 2013 Professor für Meteorologie in der Abteilung für Erd-, Atmosphären- und Planetenwissenschaft am Massachusetts Institute of Technology (MIT), Mitglied des Verwaltungsrats der CO2-Coalition, Politik-Experte des [Heartland Institute](#), Mitglied des Akademischen Beirats der [Global Warming Policy Foundation](#), ehem. Senior Fellow des [Cato Institute](#). 2006 erhielt er als Redner des Seminars „Facts for Face“ finanzielle Zuwendungen von Exxon Mobil.^{[121][122]} Seine Einkünfte als Senior Fellow beim Center for the Study of Science beim [Cato Institute](#) beliefen sich auf 25 Tsd. Dollar.^[123]
- Horst-Joachim Lüdecke (vgl. Leitung)
- Horst Malberg, em. Professor für Meteorologie und Klimatologie an der FU Berlin, ehem. Direktor des Meteorologischen Instituts der FU
- Leszek Marks, Ordinarius, Forschungs- und Lehrbeauftragter, Institut für Klimageologie, Fakultät für Geologie, Universität Warschau
- [Nicola Scafetta](#), Geophysiker und Professor für Ozeanographie und Physik der Atmosphäre an der Universität Neapel Federico II. Eine Kritik an Scafettas Thesen ist [hier](#) abrufbar.

Quelle: ^[124]

Finanzen

Laut seiner Webseite finanziert sich das Institut über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Die Namen der Spender werden nicht bekannt gegeben. James Taylor, Präsident des [Heartland Institute](#), behauptete 2019, EIKE verfüge über ein Budget von 200 Tsd. Euro.^[125] Auf Nachfrage nach dem Budget erklärte EIKE, dass ihr Spendenaufkommen pro Jahr deutlich unter der genannten Summe liege.

Weiterführende Informationen

- [José A. Moreno, Mira Kinn, Marta Narberhaus: A Stronghold of Climate Change Denialism in Germany: Case Study of the Output and Press Representation of the Think Tank EIKE, International Journal of Communication 16 \(2022\), 267-288](#)
- [Der Fall EIKE - So dreist tricksen Klimawandel-Vverharmloser "quarks-science-cops", 5. und 12. November 2021](#)
- [Climate change - that is not real! A comparative analysis of Climate-sceptic think-tanks in the USA and Germany 24. Januar 2021.](#) Die Studie bezieht sich auf Artikel, die bei EIKE, dem Liberalen Institut der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), dem [Cato Institute](#) und der Heritage Foundation erschienen sind
- [Susanne Götze/Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby - Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020](#)
- [Klimawandelleugner, Klimaskeptiker & die Interessen von Öl-, Gas-, Kohle-, Atom- und Autokonzernen & amerikanischen Milliardären BUND August 2019](#)
- [Kohle, Kohle, Kohle - Recherche der Süddeutschen Zeitung zu gut vernetzten Lobbys und Rechtspopulisten, Dezember 2018](#)
- [Broschüre: Und sie erwärmt sich doch Was steckt hinter der Debatte um den Klimawandel, Hrsg. Umweltbundesamt, 1. Aufl. 2013](#)
- [Dealing in Doubt The Climate Denials Machine Vs Climate Science, Greenpeace USA, September 2013](#)
- [Concealing their sources - who funds Europe's climate change deniers, Corporate Europe Observatory December 2010](#)
- [DeSmogBlog Research Datenbank zu Klimaleugner-Organisationen und ihren Akteuren](#)
- [Klimafakten.de](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Andreas Kraft: Klares Ziel: Keine Kompromisse, Frankfurter Rundschau online vom 29. 11.2010, fronline, abgerufen am 30.01.2020](#)
2. ↑ [Cordula Meyer: Lobbyisten: Wie einige US-Wissenschaftler Zweifel am Klimawandel säen, Spiegel online, 4.10.2010](#)
3. ↑ [Aktiv gegen Klimaschutz - Die Klimawandel-Leugner aus Thüringen, mdr.de vom 15.06.2024, abgerufen am 26.06.2024](#)
4. ↑ [1. Berliner Klimakonferenz, eike-klima-energie.de vom 21.06.2009, abgerufen am 27.04.2023](#)
5. ↑ [EIKE-Konferenz-in-Berlin-Das-Treffen-der-Dinosaurier-3387828.html EIKE-Konferenz in Berlin: Das Treffen der Dinosaurier, telepolis.de vom 05.12.2010](#)
6. ↑ [Klimakonferenz, archivierte Fassung von iuf-berlin.org, abgerufen am 27.04.2023](#)
7. ↑ [CFACs experts, Climate Hustle 2 film make a big impact at Heartland Climate Institute, cfact.org vom 18.10.2021, abgerufen am 27.04.2023](#)
8. ↑ [CFACT co-sponsors climate and energy conference with EIKE, cfact.org vom 09.11.2017, abgerufen am 27.04.2023](#)

9. ↑ [Unleash the Beast! Heartland Climate Conferences Return with a Vengeance](#), heartland.org vom 14.07.2021, abgerufen am 27.04.2023
10. ↑ [Tagungsbericht des Expertengesprächs vom 32. Februar 2018](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 17.08.2023
11. ↑ [Falsches und Verdrehtes zum Klima](#), tagesschau.de vom 27.09.2019, abgerufen am 18.08.2021
12. ↑ [Klimafaktenleugner](#), deutschlandfunk.de vom 11.10.2020
13. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
14. ↑ [Board of Trustees](#), thegwpf.org, abgerufen am 07.07.2023
15. ↑ [Exclusive: Influential UK net-zero sceptics funded by US oil 'dark money'](#), opendemocracy.net vom 04.05.2022, abgerufen am 07.07.2023
16. ↑ [Einladung zur Hauptversammlung 11.04.2022 ENCAVIS AG](#), eqs-news.com, abgerufen am 01.05.2023
17. ↑ [Experte rechnet mit Energiepolitik ab](#), bild.de vom 19.02.2023, abgerufen am 24.05.2023
18. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
19. ↑ [Sorgenfall Energieende: Fallen Kosteneffizienz und Umweltschutz der Energiepolitik zum Opfer? Expertengespräch am 08.02.2019](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 19.08.2023
20. ↑ [AfD Kreisverband Vulkaneifel](#), facebook.com vom 21.10.202, abgerufen am 18.08.2023
21. ↑ [Banken](#), finanzbusiness.de vom 29.07.2022, abgerufen am 30.04.2023
22. ↑ [Maaßen-Mitgliedschaft spaltet Hayek - Gesellschaft](#), spiegel.de vom 23.12.2020, abgerufen am 30.04.2023
23. ↑ [Frankreich und Italien machen Deutschland dienstbar](#), tichyseinblick.de vom 01.12.2021, abgerufen am 01.05.2023
24. ↑ [Umweltbundesamt - Sie erwärmt sich doch](#), umweltbundesamt.de, abgerufen am 01.05.2023
25. ↑ [14. Internationale Konferenz zum Klimawandel](#), eike-klima-energie.eu vom 18.10.2021, abgerufen am 01.05.2023
26. ↑ [EIKE, Webseite EIKE](#), abgerufen am 23.10.2015
27. ↑ [Und sie erwärmt sich doch Was steckt hinter der Debatte um den Klimawandel](#), Hrsg. Umweltbundesamt, 1. Aufl. 2013, S. 110
28. ↑ [Kommentar von Gabor Paal im SWR2 Journal am Morgen vom 29. 11. 2010, Webseite SWR](#), abgerufen am 22.10.2015
29. ↑ [Jeanne Rubner: Wir brauchen keine Klimaforscher, Süddeutsche Zeitung online vom 31.03.2010](#), Webseite abgerufen am 22.10.2015
30. ↑ [Grundsatzpapier Klima](#) www.eike-klima-energie.eu, abgerufen am 02.08.2023
31. ↑ [Wichtige Mitteilung an unsere Unterstützer](#), eike-klima-energie.eu vom 02.03.2022, abgerufen am 15.10.2022
32. ↑ [Dokumentation Zu ausgewählten klimawandelskeptischen Publikationen 2019](#), bundestag.de, abgerufen am 17.10.2022
33. ↑ [Das Netzwerk der Klimaleugner](#), Tagesspiegel.de vom 26.02.2019, abgerufen am 13.10.2019
34. ↑ [AfD Klimapolitik „Auch hier bitte klare Kante“](#), eike-klima-energie.eu vom 27.01.2014, abgerufen am 06.12.2018
35. ↑ [Keine Spur von Antifa bei AfD-Vortrag](#), swp.de vom 20.04.2017, abgerufen am 06.12.2018
36. ↑ [Dr. Michael von Prollius](#), iuf-berlin.com vom 05.07.2019, abgerufen am 08.10.2019
37. ↑ [Programm der 7. Internationalen Klima- und Energiekonferenz auf der Webseite des EIKE](#), abgerufen am 30.01.2020
38. ↑ [Programm der 9. Internationalen Klima- und Energiekonferenz auf der Webseite des EIKE](#), abgerufen am 30.01.2020
39. ↑ [Academic Advisors](#), iuf-berlin.com, abgerufen am 14.10.2017

40. ↑ [1. Berliner Klimakonferenz - gegen den Mainstream - erfolgreich abgeschlossen!](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 26.04.2023
41. ↑ [Steffen Hentrich](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 26.04.2023
42. ↑ [Steffen Hentrich](#), freiewelt.net, abgerufen am 26.04.2023
43. ↑ ZDF-Sendung "Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 25. April 2023"
44. ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), hayek.de, abgerufen am 08.10.2019
45. ↑ [Michael Limburg im Gespräch mit Carlos A. Gebauer über das Weltklima](#), Gloria.tv vom 22.04.2010, abgerufen am 08.10.2019
46. ↑ [Vergangene Veranstaltung](#), hayek-berlin.de, abgerufen am 09.10.2019
47. ↑ [Hayek-Club Berlin](#), hayek.de vom 23.06.2022, abgerufen am 09.08.2022
48. ↑ [Fakten und Quellen zu Windrädern](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 15.10.2019
49. ↑ [Vernunftkraft](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 15.10.2019
50. ↑ [Windkraft-Opponent im eigenen Haus](#), energie- und management.de vom 02.09.2019, kostenpflichtig abgerufen am 13.11.2019
51. ↑ [Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2019](#), afd-tf.de, abgerufen am 20.10.2019
52. ↑ Eintrag der Bundesinitiative Vernunftkraftwerk e.V. beim Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg, Abruf vom 20.10.2019
53. ↑ [Der Geist der Trump-Milliardäre im Ländle Blog der Freitag Community](#), freitag.de vom 26.08.2018, abgerufen am 15.10.2019
54. ↑ [Erfolgreiche Proteste gegen die Windkraft](#), Tagesspiegel.de, abgerufen am 15.10.2019
55. ↑ [Lesen bildet](#), Vernunftkraft.de, abgerufen am 15.10.2019.
56. ↑ [Johannisberges Appell](#), Vernunftkraft.de, abgerufen am 20.10.2019
57. ↑ [European Platform Against Windfarms](#), epaw.org, abgerufen am 01.01.2020
58. ↑ [\[Veranstaltungen\]](#), f-w-p.eu, abgerufen am 06.10.2022
59. ↑ [\[Stromausfall nach Dunkelflaute?\]](#), eike-klima-energie.eu vom 26.02.2017, abgerufen am 07.10.2022
60. ↑ [Die Renaissance der Atomlobby](#), SPIEGEL 23/1/2020, susannegoetze.de, abgerufen am 06.10.2022
61. ↑ [Naturschutz als Staatsziel und die Konsequenzen für den Gesetzgeber](#), afdbundestag.de, abgerufen am 06.10.2022
62. ↑ [Gekündigte Klimaabkommen](#), deutscherarbeitgeberverband.de vom 05.06.2017, abgerufen am 06.10.2022
63. ↑ [Info-Blog](#), vernunftkraft-hessen.de, abgerufen am 08.10.2022
64. ↑ [CFACT EUROPE](#), cfact.eu, abgerufen am 16.10.2022
65. ↑ [Anita Blasberg und Kerstin Kohlenberg: Die Klimakrieger](#), ZEIT online vom 22. November 2012, Webseite abgerufen am 14. 10. 2015
66. ↑ [Jeanne Rubner: Wir brauchen keine Klimaforscher](#), Süddeutsche Zeitung online vom 31. März 2010, Webseite abgerufen am 22. 10. 2015
67. ↑ [The Solar Cycle, Climate, Carbon and Crop Yields: EIKE Berlin](#), cfact.org vom 19.04.2009, abgerufen am 16.10.2022
68. ↑ [Die Öl-Industrie und das Institut Eike](#), erneuerbareenergien.de, abgerufen am 08.12.2018
69. ↑ [Artikel von Cfact](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 08.12.2018
70. ↑ [2. Internationale Klimakonferenz](#), Webseite EIKE, abgerufen am 23. 10. 2015
71. ↑ [CFACT cosponsors international climate conference, 10. November 2010](#), Webseite CFACT, abgerufen am 24. 10. 2015
72. ↑ [Watch the Program from Start to Finish](#), climaterealityforum.com, abgerufen am 09.01.2020
73. ↑ [About Us Policy Experts](#), heartland.org, abgerufen am 20.01.2020
74. ↑ [Watch the Program from Start to Finish](#), climaterealityforum.com, abgerufen am 09.01.2020
75. ↑ [Presseerklärung vom 15.11.2018](#), abgerufen am 23.01.2020

76. ↑ [With a Vengeance](#), heartland.org vom 14.07.2021, abgerufen am 16.10.2022
77. ↑ [Zur Klimadiskussion breite Faktenbasis heranziehen](#), wirtschaftsrat.de vom 30.04.2019
78. ↑ [Klima-Manifest 2020](#), konservativer-aufbruch.bayern, abgerufen am 08.02.2020
79. ↑ [Profil](#), de.linkedin.com, abgerufen am 08.02.2020
80. ↑ [Pressemeldung Werteunion in Bayern](#), eike-klima-energie.eu vom 02.01.2020, abgerufen am 08.02.2020
81. ↑ [Pressemeldung vom 30. Dezember 2019](#), konservativer-aufbruch.bayern, abgerufen vom 08.02.2020
82. ↑ [Klima und Energie](#), berliner-kreis.info, abgerufen am 19.02.2021
83. ↑ [Philipp Lengsfeld MdB \(CDU\) würdigt Engagement des Europäischen Instituts für Klima und Energie](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 19.02.2021
84. ↑ [Berichte der Fachgruppen Tätigkeitsbericht 2014](#), ktg.org, abgerufen am 04.02.2020
85. ↑ [Ehrenmitglieder der KTG](#), ktg.org, abgerufen am 05.01.2010
86. ↑ [7. Energietechnisches Kolloquium VDI-KTG 21.05.2019](#), ktg.org, abgerufen am 05.02.2020
87. ↑ [Heimatreue Netzwerke im tiefbraunen Sumpf](#), fr.de vom 09.12.2019, abgerufen am 08.08.2022
88. ↑ [Smart Investor 2/2018](#), abgerufen am 06.08.2022
89. ↑ [Autoren](#), ef-magazin.de, abgerufen am 07.08.2022
90. ↑ [Der Marsch zum rechten Rand](#), medienkorrespondenz.de vom 01.10.2019, abgerufen am 07.08.2020
91. ↑ [Netzwerk mit Beiwerk](#), tagesspiegel.de vom 03.11.2020, abgerufen am 06.08.2021
92. ↑ [COMPACT-SPEZIAL 26: WELT WIRTSCHAFT. KRISEN](#), lesejury.de, abgerufen am 07.08.2022
93. ↑ [Gesichert extremistisch](#), tagesschau.de vom 10.12.2021, abgerufen am 09.08.2022
94. ↑ [Holger Thuss](#), theeuropean.de, abgerufen am 14.10.2022
95. ↑ [Interview mit Michael Limburg](#), theeuropean.de vom 10.03.2019, abgerufen am 29.04.2023
96. ↑ [Das „Speech Mainstreaming“ der Linken](#), theeuropean.de vom 22.07.2018, abgerufen am 10.10.2022
97. ↑ [https://www.theeuropean.de Home](https://www.theeuropean.de/Home), theeuropean.de, abgerufen am 29.04.2023
98. ↑ [European climate contrarian Think Tanks share neoliberal ideology and US rhetoric](#), thinktanknetworkresearch.net vom 14.10.2020, abgerufen am 12.04.2020
99. ↑ [Foreword Annual Report 2003 SME Union](#), kloeckler.at, abgerufen am 09.01.2020
100. ↑ [CEFACT Europe President in the Media](#), cfact.org vom 19.08.2010, abgerufen über archive.org am 30.01.2020
101. ↑ [About Us Policy Experts](#), heartland.org, abgerufen am 15.12.208
102. ↑ [Unterzeichner der Erklärung zur Hayek-Gesellschaft vom 24. Juli 2015](#)
103. ↑ [Malte Kreuzfeld: Energieausschuss der AfD, taz.de vom 27. 9. 2013](#), abgerufen am 23. 10. 2015
104. ↑ [Energiepolitisches Manifest, 30.01.2014, Webseite EIKE](#), abgerufen am 24.10.2015
105. ↑ [Unterzeichner der Erklärung zur Hayek-Gesellschaft vom 24. Juli 2015](#)
106. ↑ [ISC Political Advisory Board](#), climatesciendeinternational.org, abgerufen am 10.12.2018
107. ↑ ^{107,0107,1} [Clexit Members](#), clexit.net, abgerufen am 14.12.2018
108. ↑ [Wir können uns auf diese Stromerzeuger überhaupt nicht verlassen](#), theeuropean.de vom 10.03.2019
109. ↑ [Profil](#), horstjoachimluedecke.de, abgerufen am 15.10.2019
110. ↑ [Keine Spur von Antifa bei AfD-Vortrag](#), swp.de vom 20.04.2017, abgerufen am 06.12.2018
111. ↑ [Press Release vom 15.11.2018](#), Heartland.org, abgerufen am 12.10.2019
112. ↑ [Gutachterliche Stellungnahme zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.02.2019](#), bundestag.de, abgerufen am 06.10.2022

113. ↑ [Press Release: Heartland Institute to present latest climate Science in Poland](#), heartland.org vom 15.11.2018, abgerufen am 08.12.2018
114. ↑ [Meet the skeptics at CFACT's COP16 press conference Monckton, Spencer & Rothbard on Climate Science & Policy December 9, 2010](#), Website cfact, abgerufen über archive.org am 30.01.2020
115. ↑ [Advisory Board](#), fundacjawip.org, abgerufen am 09.12.2018
116. ↑ [Heartland Institute, CFACT announce Energy Panel Speakers for „Day of Examining Data“ at COP-21](#), heartland.org vom 24.11. 2015, abgerufen am 12.10.2017
117. ↑ [Profil](#), acton.org, abgerufen am 27.01.2020
118. ↑ [Fachbeirat](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 11.10.2019
119. ↑ [Profil](#), researchgate.net, abgerufen am 11.10.2019
120. ↑ [Membership](#), geotehic.com, abgerufen am 11.10.2019
121. ↑ [How Oil Giant Exxon Bought Influence Over the Swedish Moderate Party](#), desmog.com vom 26.06.2024, abgerufen am 11.01.2025
122. ↑ [Facts or Faith](#), timbro.se, abgerufen am 11.01.2024
123. ↑ [Richard Lindzen](#), desmog.com, abgerufen am 11.01.2024
124. ↑ [Webseite EIKE - Fachbeirat](#) abgerufen am 12.07.2026
125. ↑ [die Heartland Lobby](#), correctiv.org vom 04.02.2020, abgerufen am 10.10.2022<nowiki>

Friedrich Merz

Friedrich Merz (* 11. November 1955 in Brilon), seit dem 6. Mai 2025 der zehnte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, seit 2022 ist er Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Wirtschaftsanwalt und langjähriger Top-Lobbyist, war in einer Vielzahl von Unternehmen sowie wirtschaftsnahen Interessenverbänden und Netzwerken in leitenden Funktionen aktiv. ^[1]

So war Merz bis Ende 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[2] und Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT).^[3] Die MIT begrüßte 2022 die Wahl von Merz zum CDU-Vorsitzenden und erklärte, dieser sei der erste Vorsitzende, der MIT-Mitglied sei.^[4] Armin Peter, zuletzt Stellv. Pressesprecher des Wirtschaftsrats und Pressesprecher des damaligen Wirtschaftsrats-Vizepräsidenten Merz, ist seit Februar 2022 Stellv. Sprecher der CDU und pers. Pressesprecher von Merz.^{[5][6]}

Merz ist weiterhin Mitglied der folgenden Organisationen: Gründerkreis der Sektion New York des Wirtschaftsrats der CDU^[7], Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)^[8], Netzwerk [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), das Lobbyisten und Spitzenpolitiker zusammenbringt.

Merz war bis Ende 2021 als Senior Counsel für die Kanzlei [Mayer Brown LLP](#) tätig; zuvor war er neun Jahre Partner.^[9] Während seiner Tätigkeit bei MayerBrown hat er Mandanten im Gesellschaftsrecht, bei M&A-Transaktionen, im Bereich Compliance und im Bank- und Finanzrecht beraten. 2010 und 2011 hat er nach Recherchen von CORRECTIV die BASF mehrfach als Anwalt vertreten.^[10] Bei BASF Antwerpen sei er fast ein Jahrzehnt Verwaltungsrat gewesen und habe dort den Unternehmensbereich „Farben & Pigmente der BASF-Gruppe“ geleitet.

Von 2009 bis 2019 war Merz Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) ^[11] und von 2016 bis 2020 Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers des Vermögensverwalters [BlackRock](#), für den er Beziehungen zu wichtigen Kund*innen, Behörden und Regierungsstellen in Deutschland vermittelte. ^[12] Für die [Stiftung Marktwirtschaft](#) war er als Mitglied des Politischen Beirats der Kommission "Steuergesetzbuch" aktiv. ^[13]

Im Zusammenhang mit seiner Kandidatur für den Parteivorsitz der CDU beendete Merz seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender von Blackrock zum Ende des ersten Quartals 2020. ^{[14][15]} Auf dem CDU-Parteitag 2021 unterlag er in einer digital durchgeführten Stichwahl gegen seinen Konkurrenten Armin Laschet. Auf dem Parteitag am 22. Januar 2022 wurde er mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten zum Vorsitzenden der CDU gewählt. ^[16] Am 23. September 2024 wurde Merz offiziell Kanzlerkandidat zur nächsten Bundestagswahl von CDU und CSU. ^[17]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	44
2 Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft	46
2.1 2024: Keine Abgrenzung zur rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic	46
2.2 2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten	47
2.3 2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU	47
2.4 2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz	47
2.5 2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher	47
2.6 2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte	47
2.7 2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW	48
2.8 2010: Streit in der Atlantik-Brücke	48
2.9 2010: Position zum Atomausstieg	48
2.10 2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften	49
2.11 2006: Interessenkonflikt als Bundestagsmitglied und Anwalt der Ruhrkohle AG	49
3 Berater:innen von Merz	49
3.1 Michael Eilfort	49
4 Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt	50
5 Weiterführende Informationen	50
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
7 Einzelnachweise	50

Karriere

Partei

- 23.09.2024 Nominierung zum Kanzlerkandidaten der Union
- 22.1.2022 Wahl zum Parteivorsitzenden mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten;
- 17.12.2021 Friedrich Merz wird mit 62,2% im ersten Mitgliederentscheid der Partei zum CDU-Vorsitzenden gewählt.
- 2021 Dritte Kandidatur zum Parteivorsitzenden: Merz tritt gegen Norbert Röttgen und Helge Braun an ^[18]
- 2021 Armin Laschet holt Friedrich Merz in das Wahlkampfteam der CDU für die Bundestagswahl. ^[19]
- 2021 erneute erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Armin Laschet)

- 2018 erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Annegret Kramp-Karrenbauer)
- 2014 Ernennung zum Mitglied der CDU-Parteikommission "Zusammenhang stärken - Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten"
- 2002-2004 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (trat 12/2004 von diesem Amt zurück)
- 2000-2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1998-2000 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1996-1998 CDU/CSU-Obmann im Finanzausschuss

Staatliche Mandate und Ämter

- am 6. Mai 2025 Wahl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
- seit 9/2021 erneut Mitglied des Deutschen Bundestages
- 11/2017-1/2020 *Brexit-Beauftragter* des Landes NRW^{[20][21]}
- 1994-2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1989-1994 Mitglied des EU-Parlaments

Während seiner Mandatszeit im Bundestag hielt Merz bezahlte Vorträge. z.B. für: [KPMG](#), Management Partner GmbH, Markant AG, Pfeiderer AG, Piper Verlag GmbH

Beruf

- 2014-Ende 2021 Senior Counsel bei [Mayer Brown LLP](#). Merz hat während seiner Tätigkeit bei Mayer Brown Mandanten im Gesellschaftsrecht, bei M&A-Transaktionen, im Bereich Compliance und im Bank- und Finanzrecht beraten^[22]
- 2005-2014 Partner der Anwaltssozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP (später umfirmiert in Mayer Brown LLP)
- 2002-2004 Anwalt in der Kölner Kanzlei Cornelius Bartenbach Haesemann und Partner
- 1990 Eintritt in die Anwaltssozietät Leinen & Derichs
- 1986-1989 tätig im [Verband der Chemischen Industrie](#) in Bonn und Frankfurt
- Seit 1986 Rechtsanwalt
- 1985-1986 Richter am Amtsgericht Saarbrücken

(Neben-)Beruflich (aktuell)

- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied^[23]

(Stand: 01/2025)

(Neben-)Beruflich (aufgegeben)

- 2016-03/2020 Aufsichtsratschef bei [BlackRock](#) Deutschland
- 2013-2020 Mitglied des Vorstands von [United Europe](#)^[24] (beim Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg ist Merz immer noch als Vorstandsmitglied eingetragen - Stand: 28.01.2025)
- 2009-2019 Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)
- 2005-2015 im Aufsichtsrat der Deutschen Börse
- 2004-2013 Mitglied des Politischen Beirats der Kommission "Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)^[25]

(Neben-)Beruflich (Stand: 2009))

Laut veröffentlichungspflichtigen Angaben als Bundestagsabgeordneter hatte Merz 2009 die folgenden weiteren Funktionen:

- AXA Konzern (Vorsitzender des Beirats und des Aufsichtsrats)
- [BASF](#) Antwerpen N.V. (Mitglied des Verwaltungsrats)
- [Commerzbank](#) (Mitglied des zentralen Beirats)
- DBV-Winterthur Holding (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Intererhoh AG (Mitglied des Aufsichtsrats)
- IVG Immobilien AG (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz (Mitglied des Verwaltungsrats)
- WEPA Industrieholding SE (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Council on Public Policy (Mitglied des Kuratoriums)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) (Stellv. Vorsitzender)
- Industrie-Pensionsverein IVP (Mitglied des Verwaltungsrats).^[26]

Weiterhin war er Gründungsmitglied des 2016 aufgelösten Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der Europäischen Gruppe der [Trilaterale Kommission](#).

Mit seiner Rückkehr in die Politik gab Merz die folgenden Positionen in der Wirtschaft auf: Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (2022), Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (2021), Vorstand des Aufsichtsrats der WEPA Industrieholding SE (2021), Mitglied des Aufsichtsrats der Flughafen Köln/Bonn GmbH (2020), Mitglied des Verwaltungsrats der Stadler Rail AG (2020), Mitglied des Aufsichtsrats von HSCB Trinkhaus & Burkhardt (2019).

Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft

2024: Keine Abgrenzung zur rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic

2024 nahm Merz' Kampagnenchefin Christine Carboni als Rednerin an der "Berlin Campaign Conference" der rechtskonservativen Kampagnenagentur "The Republic" teil. Diese Agentur stellt sich nach eigenen Angaben "dem politischen Linksdrift in Deutschland" entgegen und bietet "dem bürgerfeindlichen Klima die Stirn".^[27] Die US-amerikanische [Heritage Foundation](#) war ebenfalls zu der Konferenz eingeladen und stand auf der Liste der Speaker. Zuvor hatte die Heritage Foundation in den USA und weltweit Schlagzeilen gemacht mit dem antidemokratischen "Project 2025".^[28]

Nach der Gründung von "The Republic" hatten sich Unionspolitiker distanziert und Kritik geübt, während Friedrich Merz ein Unterstützer war.^[29]

Im Jahr 2022 hatte Merz nach lautstarker Kritik seine Teilnahme an einer ähnlichen Konferenz abgesagt.^[30]

2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten

Im März 2021 kündigt Merz an, keinen "beruflichen Tätigkeiten außerhalb der Politik" nachgehen zu wollen, sollte er erneut in den Bundestag einziehen.^[31] Das bezog er sich aber ausdrücklich nur auf bezahlte Nebentätigkeiten, seine ehrenamtliche Funktion als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats würde er beibehalten.^[32] Ende des Jahres 2021 beendete Merz dennoch seine Tätigkeit als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats.

2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU

Im März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine Studie zum [Wirtschaftsrat der CDU](#), in der auch Friedrich Merz kritisiert wird^[33].

Friedrich Merz war nach der Studie einer der prominentesten und zugleich einflussreichsten Personen im [Wirtschaftsrat der CDU](#) – ein unternehmerischer Lobbyverband, der als besonders starker und einflussreicher Klimaschutzbremser auffällt. Im Wirtschaftsrat war Merz schon seit den 1990er-Jahren Mitglied, 1999 wurde er ins Präsidium gewählt. 2006 war er an der Gründung der New Yorker Sektion des Wirtschaftsrats beteiligt. Im Januar 2019, kurz nachdem er das erste Rennen um den CDU-Parteivorsitz verloren hatte, wurde Merz schließlich Vizepräsident des Wirtschaftsrats.

Mit Merz' kandidierte erstmals ein Spitzenfunktionär des Verbandes für den CDU-Parteivorsitz. Merz nutzte seine Auftritte bei Veranstaltungen des Wirtschaftsrates für den parteiinternen Wahlkampf zum CDU-Parteivorsitz.

Positionen zur Klimapolitik: Im Zuge seiner Kandidaturen für den Parteivorsitz 2018 und 2020/21 äußerte sich Merz auch zum Thema Umwelt und Klima. Er kritisiert die „steilen Thesen“ der Fridays-for-Future-Aktivist:innen^[34], bezeichnet Greta Thunberg als „krank“^[35] und diffamiert die Protestierenden im Dannenröder Wald als gewalttätige „illegale Besetzerszene“^[36].

2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz

Merz war seit 2016 Aufsichtsratschef bei Blackrock, dem größten Vermögensverwalter der Welt, der an allen Unternehmen des Deutschen Aktienindex DAX erhebliche Anteile hat. Das Unternehmen teilte mit, Merz solle nicht nur Aufsichtsrat sein, sondern eine "weiter gefasste Beraterrolle einnehmen, in der er die Beziehungen mit wesentlichen Kunden, Regulierern und Regulierungsbehörden in Deutschland für Blackrock fördern wird". Das impliziert einen klaren Lobbyauftrag. Wenige Wochen nachdem Annegret Kamp-Karrenbauer im Frühjahr 2020 auf die Kanzlerkandidatur verzichtete und ihren Rücktritt als Parteivorsitzende bekannt gab, kündigte Merz seine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz an. Im März 2020 legte er seinen Posten im Aufsichtsrat von Blackrock nieder, um sich weiter politisch einzubringen.

2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher

Von 2006-2020 saß Merz im Verwaltungsrat des schweizerischen Zugherstellers Stadler Rail, der am 12. April 2019 an die Börse ging.^[37] Wie alle Mitglieder des Verwaltungsrats hat auch Merz anlässlich des Börsengangs Aktien des Unternehmens erhalten - laut der schweizerischen Zeitung „Blick“ handelt es sich um 150.000 Aktien, deren Wert am 12. April 2019 bei 6,5 Mio. Schweizer Franken (5,7 Mio. Euro) lag.^[38]

2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte

Merz war seit 2010 Vorsitzender des Verwaltungsrats bei [HSCB Trinkaus & Burkhardt](#).^[39] Von 2010 bis 2019 war er zudem Mitglied des Aufsichtsrats des Bankhauses [HSCB Trinkaus & Burkhardt](#), gegen das die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen Cum-Ex-Geschäften ermittelte.^[40] Nach einem Bericht des Handelsblatts geht es um einen Steuerschaden im niedrigen zweistelligen Millionenbereich.^[41] Die Bank habe aber nach eigenen Angaben den Cum-Ex-Handel nicht als Geschäftsmodell gesehen. Am 06.11.2018 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Köln im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens zu Cum-Ex-Geschäften Räume von Blackrock in München.^[42] Nach Angaben eines Konzernsprechers betreffen die Ermittlungen einen Zeitraum, zu dem Merz noch nicht für BlackRock tätig war. Merz hatte gegenüber der Süddeutschen Zeitung erklärt, Aktien-Geschäfte wie Cum-Ex und Cum-Cum dienten letztlich dazu, die Steuerzahler auszunehmen.^[43] Derartige Geschäfte seien vollkommen unmoralisch, unabhängig von der juristischen Bewertung.

2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW

Bei der Ernennung von Merz zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln-Bonn verstieß die Landesregierung gegen ihren eigenen Ethik-Kodex, der vorsieht, dass ein Aufseher im Landesauftrag in der Regel nur zwei Aufsichtsräte führen sollte.^{[44][45]} Merz ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der WEPA Industrieholding SE und war zu diesem Zeitpunkt Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock sowie Vorsitzender des Verwaltungsrats der HSBC Trink, aus & Burkhardt.

2010: Streit in der Atlantik-Brücke

Im Juni 2009 löste Merz den [EADS-Manager](#) Thomas Enders als Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) ab.^[46] Der Verein gilt als "einer der einflussreichsten und exklusivsten Organisationen der Berliner Republik".^[47]

Im Mai 2010 forderte der Ehrenvorsitzende der Atlantik-Brücke Walter Leisler Kiep Friedrich Merz auf, von seinem Posten als Vorsitzender des Vereins zurück zu treten. In einem Brief an die Mitglieder sorgte sich Kiep laut Presseberichten um die neuerlichen politischen Aktivitäten des Ex-Vizechefs der CDU/CSU-Fraktion, da diese die Atlantik-Brücke "in nicht unerhebliche Konflikte stürzen" könnten.^[48] Der Anlass für Kieps Kritik soll das Buch "Was jetzt zu tun ist" gewesen sein, das Friedrich Merz gemeinsam mit dem früheren SPD-Wirtschaftsminister [Wolfgang Clement](#) geschrieben hat. Die Gegenseite behauptet, dass Merz Sparkurs zur Konsolidierung der Atlantik-Brücke-Financen die Reisekosten des Ehrenvorsitzenden empfindlich beschnitten habe, so dass Kiep mit fadenscheinigen Argumenten zum Gegenangriff geblasen habe.

Merz konnte den Machtkampf gegen Kiep schließlich für sich gewinnen: Nachdem er am 1. Juni 2010 zunächst doch als Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke zurückgetreten war, wurde er am Ende des Monats erneut in den Posten gewählt.^[49] 2019 gab Merz seinen Vorstandsvorsitz auf.^[50]

2010: Position zum Atomausstieg

Merz war einer der 40 Erstunterzeichner des Aufrufs *Energiepolitischer Apell*, einer Lobby-Initiative gegen den Atomausstieg, die vor einem vollständigen Verzicht auf Kohle- und Kernenergie warnte. Die, von den 4 großen deutschen Energiekonzernen [E.ON](#), [RWE](#), [Vattenfall](#) und [EnBW](#) initiierte Kampagne mahnte, ein vorzeitiger Atomausstieg würde Milliarden vernichten. Der Energiewandel dürfe Energiekonzerne und Unternehmen nicht stärker belasten.^[51]

2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften

Im Jahr 2006 legte März gemeinsam mit 8 weiteren Bundestagsabgeordneten beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Klage gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte ein. März, der damals neben seinem Bundestagsmandat elf Nebentätigkeiten ausübte^[52], warnte in Karlsruhe davor, dass eine Offenlegung zu einem „Studienabbrecher-Parlament“ führen würde. „Die Zahl der nicht mehr in einen bürgerlichen Beruf resozialisierbaren Abgeordneten“ nehme zu.^[53]

Am 4. Juli 2007 wies das BVerfG die Klage mit der Begründung zurück, das Grundgesetz gehe von Abgeordneten aus, die unabhängig von Interessengruppen seien. Dabei gehe es nicht zuletzt um Unabhängigkeit von Interessenten, die ihre Sonderinteressen im Parlament mit Anreizen durchzusetzen suchen, die sich an das finanzielle Eigeninteresse von Abgeordneten wenden. Das BVerfG ließ verlauten, dass die Wahrung der Unabhängigkeit der Abgeordneten nach dieser Seite hin ein besonders hohes Gewicht habe, da es hier um die Unabhängigkeit gegenüber Einwirkungen gehe, die nicht durch die Entscheidungen der Wähler vermittelt seien.^[54]

2006: Interessenkonflikt als Bundestagsmitglied und Anwalt der Ruhrkohle AG

Im Frühjahr 2006 trat März auf der Sitzung der CDU-Landesgruppe NRW offiziell als Anwalt der Ruhrkohle AG auf. Gleichzeitig war er Mitglied des Bundestages und der CDU-Landesgruppe NRW. ([LobbyControl berichtete](#)).^[55]

März selbst hat während seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter mehrere Nebentätigkeiten für Unternehmen und Interessenorganisationen ausgeübt. Allein im Jahr 2006 saß März in acht Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten mehrerer Unternehmen. Recherchen des Manager Magazins zufolge bezog er zusätzlich zu seinem Anwalts-Salärs dafür Nebeneinkünfte von einer Viertelmillion Euro.^[56]

Berater:innen von März

Michael Eilfort

Eilfort ist seit 2004 Co-Vorstand der [Stiftung Marktwirtschaft](#), dessen „Politischem Beirat“ der Kommission „Steuergesetzbuch“ März angehörte. Als März im Jahr 2000 den Vorsitz der Unionsfraktion im Bundestag übernahm, wurde Eilfort sein Büroleiter, erst in dessen Funktion als Vorsitzender der Fraktion bis 2002, danach bis 2004 für den Stellvertretenden Unionsfraktionsvorsitzenden mit dem Arbeitsbereich "Wirtschaft, Arbeit, Mittelstand, Finanzen und Haushalt".^[57] März war Gründungsmitglied des inzwischen aufgelösten Fördervereins der Lobbyorganisation [INSM](#)^[58]; Eilfort betätigte sich bis 2006 als Botschafter der [INSM](#).^[59] Die INSM wird als v.i.S.d.P. des Aktionsbündnisses [Wirtschaftswarntag](#) genannt, an dem am 29.01.2025 deutschlandweit mehr als 140 Verbände und über 200 Unternehmen ihre Forderungen präsentierten. CDU-Parteichef Friedrich März hatte sich angekündigt, sagte aber kurzfristig ab, um sich auf seine Rede im Bundestag vorzubereiten.^[60]

Merz war bis mindestens 2022 in der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) aktiv (als Präsidiumsmitglied bzw. Mitglied)^{[61][62][63]} Eilfort hat als Mitglied der Grundsatzprogrammkommission des MIT-Bundesvorstands das 2017 beschlossene Grundsatzprogramm mit erarbeitet.^[64]

Die Ehefrau von Eilfort, Barbara Götze, leitet das Büro von Merz im Konrad-Adenauer-Haus.^[65]

Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt

Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt sind (seit 05/2025):

- [Wolfram Weimer](#) (parteilos, CDU-nah), Staatssekretär für Kultur und Medien
- [Michael Meister](#) (CDU), Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit
- Christiane Schenderlein (MdB/CDU), Staatsministerin für Sport und Ehrenamt

Weiterführende Informationen

- [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), CORRECTIV, 28.01.2025
- [Friedrich Merz: Kanzlerkandidat mit Lobbykontakten](#), Lobbycontrol, 22.11.2024

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Friedrich Merz: Kanzlerkandidat mit Lobbykontakten](#) lobbycontrol.de vom 22.11.2024
2. ↑ [Vizepräsident im Wirtschaftsrat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.04.2020
3. ↑ [15. Bundesmittelstandstag](#), mit-bund.de vom 11.12.2021, abgerufen am 23.12.2021
4. ↑ [Glückwunsch!m](#) mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
5. ↑ [Armin Peter](#), linkedin.com, abgerufen am 05.04.2022
6. ↑ [Peter ist Pressesprecher des CDU-Vorsitzenden Merz](#), politik-kommunikation vom 28.02.2022, abgerufen am 05.04.2022
7. ↑ [Sektionsvorstand](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.09.2024
8. ↑ [Mitglieder](#), strukturgesellschaft.de, abgerufen am 29.09.2024
9. ↑ [Mayer Brown gratuliert Friedrich Merz zur Wahl zum CDU-Vorsitzenden](#), mayerbrown.com vom 26.01.2022, abgerufen am 29.08.2024
10. ↑ [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org vom 28.01.2025, abgerufen am 28.01.2025
11. ↑ [Merz Vorsitzender der Atlantik-Brücke](#), atlantik-bruecke.de vom 28.03.2019, archiviert auf archive.org abgerufen am 28.04.2020
12. ↑ [Redner](#), bankenverband.de, vom 6.09.2018, archiviert auf web.archive.org, abgerufen am 14.04.2020

13. ↑ [Die Arbeit der Kommission „Steuergesetzbuch“](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 29.01.2025
14. ↑ [Persönliche Erklärung](#), merz.de vom 05.02.2020, abgerufen am 14.04.2020
15. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsjob auf](#), handelsblatt.com vom 05.02.2020, abgerufen am 24.04.2020
16. ↑ [Friedrich Merz: Da ist er wieder](#), zdf am 22.1.2022, abgerufen am 22.1.2022
17. ↑ [Merz als Kanzlerkandidat nominiert](#), cdu.de vom 23.09.2024, abgerufen am 28.09.2024
18. ↑ [Merz und Röttgen für CDU-Vorsitz nominiert](#), abgerufen am 16.11.2021
19. ↑ [Laschet holt Merz in sein Wahlkampfteam](#) Süddeutsche Zeitung vom 28.04.2021, abgerufen am 29.04.2021
20. ↑ [Regierungsjob für Friedrich Merz](#), sueddeutsche.de vom 07.11.2017, abgerufen am 24.04.2020
21. ↑ [Land hat seit fast einem Jahr keinen Brexit Beauftragten mehr](#). bild.de vom 04.12.2020, abgerufen am 28.09.2024
22. ↑ [MAYER BROWN GRATULIERT FRIEDRICH MERZ ZUR WAHL ZUM CDU-VORSITZENDEN](#), mayerbrown.com vom 26.01.2022, abgerufen am 28.02.2026
23. ↑ [Mitglieder Politik](#), struktargesellschaft.de, abgerufen am 28.09.2024
24. ↑ [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org vom 28.01.2025, abgerufen am 28.01.2025
25. ↑ [Die Arbeit der Kommission „Steuergesetzbuch“](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 29.01.2025
26. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben als Mitglied des Deutschen Bundestags](#), werbarchiv.bundestag.de, Datum der Archivierung: 27.04.2010
27. ↑ [Über uns](#) therepublic.de, abgerufen am 26.11.2024
28. ↑ [Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps](#) deutschlandfunk.de vom 17.07.2024, abgerufen am 26.11.2024
29. ↑ [Unionspolitiker gehen auf Distanz zu neuer konservativer Agentur – Merz wünscht Erfolg](#), handelsblatt.com vom 22.10.2021, abgerufen am 26.11.2024
30. ↑ [Treffen mit Waffenlobbyisten und Trump-Anhänger: Merz sagt Teilnahme an Rechtsaußen-Veranstaltung ab](#) tagesspiegel.de vom 22.08.2022, abgerufen am 26.11.2024
31. ↑ [Merz will bei Einzug in den Bundestag keine Nebentätigkeiten ausüben](#) Redaktionsnetzwerk Deutschland, abgerufen am 07.07.2021
32. ↑ [Armin Peter](#), twitter.com
33. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU – Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser](#) LobbyControl im März 2021, abgerufen am 08.04.2021
34. ↑ ["Hört auch mal zu zwischendurch"](#) Der Spiegel, 06.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
35. ↑ [„Ex-Unionsfraktionschef Merz kritisiert Merkels Klimapolitik – und Greta Thunberg“](#) Handelsblatt, 25.09.2019, abgerufen am 08.04.2021
36. ↑ ["#MerzMail 16"](#) vom 23.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
37. ↑ [Börsengang von schweizer Unternehmen - Friedrich Merz könnte Millionen scheffeln](#), merkur.de vom 13.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
38. ↑ [Sogar die Mediensprecherin ist jetzt Millionär](#), blick.ch vom 12.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
39. ↑ [Merz Vorsitz des Verwaltungsrats](#), about.hsbc.de, Stand Dezember 2019, abgerufen am 28.04.2020
40. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsposten bei HSBC auf](#), spiegel.de, abgerufen am 28.04.2020
41. ↑ [Die vielen Geschäfte des Herrn Merz](#), handelsblatt.com vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
42. ↑ [Steuerfahnder durchsuchen Büros von BlackRock](#), spiegel.de vom 06.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
43. ↑ [Merz bestreitet Interessenkonflikte](#), sueddeutsche.de vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020

44. ↑ [Der Gegenspieler Friedrich Merz](#), general-anzeiger-bonn.de vom 30.10.2018, abgerufen am 09.11.2018
45. ↑ [Lehrmonate einer Landesregierung](#), rp-online.de vom 29.11.207, abgerufen am 09.11.2018
46. ↑ [Merz wird neuer Chef der Atlantik-Brücke](#), Handelsblatt am 30. Juni 2010, abgerufen am 20.04.2020
47. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 20. April 2020.
48. ↑ [Merz steht vor dem Rauswurf beim Netzwerk Atlantik-Brücke](#), Zitiert nach Capital vom 18.05.2010, Artikel archiviert auf archive.org am 11.01.2013, abgerufen am 31.10.2018
49. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 14.04.2020.
50. ↑ [Merz gibt Vorsitz von Atlantik-Brücke auf](#), spiegel.de vom 27.02.2020, abgerufen am 24.04.2020.
51. ↑ [Energiepolitischer Appell: 40 Manager greifen Röttgens Politik an](#) FAZ, 21. August 2010, abgerufen am 14. 04.2020
52. ↑ [Abgeordnete klagen gegen transparente Politiker-Gehälter](#), spiegel.de, 14. April 2020
53. ↑ [Streit um Nebeneinkünfte](#), handelsblatt.de, 14. April 2020
54. ↑ [Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts Nr. 73/2007 vom 4. Juli 2007](#)
55. ↑ [Merz tritt als RAG-Anwalt auf](#), KStA.de, 04.04.2006, abgerufen am 14.04.2020
56. ↑ [Die Nebeneinkünfte des Friedrich Merz](#), manager-magazin.de vom 11.07.2007, abgerufen am 20.04.2020
57. ↑ [Prof. Dr. Michael Eilfort](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 30.01.2025
58. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), lobbycontrol.de vom 02.06.2005, abgerufen am 30.01.2025
59. ↑ [Aus der Lobbywelt Kleines Update zur INSM](#), lobbycontrol.de vom 21.12.2006, abgerufen am 30.01.2025
60. ↑ [„Wirtschaftswarntag“ in Berlin: wenig Teilnehmer, laute Buhrufe](#), capital.de vom 30.01.2025, abgerufen am 30.01.2025
61. ↑ [Glückwunsch!](#), mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
62. ↑ [15. Bundesmittelstandstag](#), mit-bund.de, abgerufen am 30.01.2025
63. ↑ [Friedrich Merz im MIT-Präsidium](#), mit-rlp.de vom 05.02.2021, abgerufen am 29.01.2025
64. ↑ [Grundatzprogramm der MIT](#), mit-bund.de, abgerufen am 29.01.2025
65. ↑ [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org vom 28.01.2025 , abgerufen am 28.01.2025